



Wissenschaftsausschuss

25. Sitzung (öffentlich)

17. April 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:32 Uhr bis 17:32 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD)

Protokoll: Vanessa Kriele

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Vorstellung der Arbeit der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste und von Humboldtⁿ (Präsentation [s. Anlage 1])** **5**
 - Gespräch mit Prof. Dr. Jürgen Hammerstaedt (Vizepräsident der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste), Christiane Dusch (Generalsekretärin der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste) und Prof.'in Dr. Birgitta Wolff (Präsidentin der Bergischen Universität Wuppertal und Beiratsvorsitzende der Nachhaltigkeitsinitiative Humboldtⁿ der Landesrektorenkonferenz) zum Themenschwerpunkt „Nachwuchsförderung“

- 2 Vorstellung der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (Präsentation [s. Anlage 2])** **18**
 - Gespräch mit Prof. Dr. Dieter Bathen und Prof. Dr. Manfred Fishedick (Vorstandsmitglieder der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft)

- 3 Entwurf der Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes im Bereich des sozialen Wohnungsbaus 2024 (VV Sozialer Wohnungsbau 2024) 27**

In Verbindung mit:

Entwurf der Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes für studentisches Wohnen und das Wohnen für Auszubildende als Teilbereich des sozialen Wohnungsbaus 2024 (VV Junges Wohnen 2024)

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 18/8354
Vorlage 18/2299

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt die Entwürfe der Verwaltungsvereinbarungen zur Kenntnis.

- 4 PISA, IGLU, IQB – Was bedeuten die aktuellen Bildungsstudien für die Hochschullandschaft in NRW? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]) 28**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2344

– Wortbeiträge

- 5 Nutzen wir die Potentiale ausländischer Fachkräfte bei der Überwindung des Lehrkräftemangels ausreichend? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]) 30**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2346

– Wortbeiträge

- 6 Wie steht es um die Vertretungen für studentische Hilfskräfte an den nordrhein-westfälischen Hochschulen? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])** **31**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2345 (Neudruck)
- Wortbeiträge
- 7 Die Situation im BAföG-Amt ist katastrophal – Wie wird die Landesregierung die Studierendenwerke bei den Herausforderungen unterstützen? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])** **32**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2447
- Wortbeiträge
- 8 Verschiedenes** **34**
- a) Neue Masterplanung für den Hochschulbau in Nordrhein-Westfalen (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)** **34**
- Der Ausschuss kommt überein, den TOP 8 a) „Neue Masterplanung für den Hochschulbau in Nordrhein-Westfalen“ in der kommenden Sitzung als ordentlichen Tagesordnungspunkt aufzurufen.
- b) Vorstellung der Eckpunkte zu einem Gesetz betreffend die Stärkung der Hochschullandschaft (Hochschulstärkungsgesetz). (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)** **35**
- c) Fusion der Hochschule für Gesundheit und der Hochschule Bochum** **38**

1 **Vorstellung der Arbeit der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste und von Humboldtⁿ** (Präsentation [s. Anlage 1])

- Gespräch mit Prof. Dr. Jürgen Hammerstaedt (Vizepräsident der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste), Christiane Dusch (Generalsekretärin der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste) und Prof.'in Dr. Birgitta Wolff (Präsidentin der Bergischen Universität Wuppertal und Beiratsvorsitzende der Nachhaltigkeitsinitiative Humboldtⁿ der Landesrektorenkonferenz) zum Themenschwerpunkt „Nachwuchsförderung“

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Herr Vizepräsident Professor Jürgen Hammerstaedt, Sie stellen uns heute dankenswerterweise Ihr Institut für diese Sitzung zur Verfügung und werden es auch kurz vorstellen. Wir bedanken uns bei Ihnen als Gastgeber für die ganz wunderbare Organisation. Sie haben das Wort.

(Die Präsentation wird eingeblendet.)

Prof. Dr. Jürgen Hammerstaedt (Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und der Künste): Verehrte Mitglieder des Wissenschaftsausschusses! Sehr geehrte Frau Ministerin für Kultur und Wissenschaft! Ich begrüße Sie und alle weiteren an dieser Sitzung Teilnehmende herzlich im Namen unserer Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Ich vertrete unsere Präsidentin Frau Professorin Bolles-Wilson, die diesen wichtigen Termin wegen einer Erkrankung leider nicht wahrnehmen kann.

Anschließend an meine Vorstellung unserer Akademie wird Frau Kollegin Wolff über die Landesrektorenkonferenz sprechen und auf verschiedene Felder der engen Zusammenarbeit mit unserer Akademie eingehen. Zunächst aber hoffe ich Ihnen anschaulich machen zu können, dass unsere Akademie tatsächlich ein Ort der Exzellenz und ein Raum für Dialog ist.

(Folie 1 wird gezeigt.)

Dafür ein rascher Blick auf die Geschichte: Hervorgegangen ist unsere Akademie aus einer bald nach Gründung unseres Bundeslandes 1950 eingerichteten Arbeitsgemeinschaft des Landes NRW. Diese Arbeitsgemeinschaft konnte 1960 in das Gebäude einziehen, indem wir uns heute befinden.

Der Architekt Hans Schwippert, der zu den führenden Gestalten der deutschen Nachkriegsmoderne gehört, hat dieses Gebäude speziell für die besonderen und vielfältigen Bedürfnisse einer Akademie konzipiert. Auch unsere Präsidentin Bolles-Wilson ist Architektin. Sie hätte Ihnen die besonderen Vorzüge und Merkmale dieses denkmalgeschützten Gebäudes auch fachlich fundiert darlegen können.

Ich will stattdessen nur darauf hinweisen, dass gerade das Rund, in dem Sie hier im kleinen Diskussionssaal sitzen die dialogische Zusammenarbeit und Interaktion in den regelmäßigen Sitzungen unserer vier Akademieklassen unterstützt, während ein größerer, hinter diesem liegender Raum mit seinem Podium ein ideales Ambiente für Plenarsitzungen und weitere größere Veranstaltungen bietet.

Der Bau hält zusätzliche Räumlichkeiten für das Zusammentreffen unserer wissenschaftlichen Kommissionen und für die regelmäßig stattfindenden Evaluationen unserer Akademielangzeitvorhaben bereit. Die auswärtigen Gutachter und Gutachterinnen tauschen sich dort mit den jeweils von den universitären Standorten unserer Akademiearbeitsstellen angereisten Projektbeteiligten aus dem professoralen und dem Angestelltenbereich jeweils in größeren und kleineren größeren Konstellationen vertrauensvoll aus und diskutieren in einem passenden Ambiente über die jeweiligen Anregungen.

Es war auch eine hervorragende Idee von Architekt Schwippert, die verschiedenen Büros unserer Geschäftsstelle in unmittelbarer Nähe und Kontakt zu den Veranstaltungsräume zu setzen. Wir sind jedenfalls sehr dankbar, dieses architektonisch wertvolle und signifikante Gebäude für unsere Akademietätigkeiten nutzen zu dürfen.

(Folie 3 wird gezeigt.)

Die ursprüngliche Arbeitsgemeinschaft wurde erst 1970 zur Akademie erklärt. Dies können Sie dem historischen Überblick auf dieser Folie entnehmen. Ich möchte nur noch auf das Datum 2020 hinweisen. Damals war anlässlich des fünfzigjährigen Akademiejubiläums eine Sitzung Ihres Wissenschaftsausschusses in unseren Räumlichkeiten geplant. Wir alle wissen, wieso es nicht dazu gekommen ist. Ich freue mich umso mehr darüber, dass Sie sich nun auch ohne Jubiläum bei uns versammelt haben.

(Folie 4 wird gezeigt.)

Seit ihrer Gründung 1970 hat sich unsere Akademie stetig fortentwickelt, um den Erwartungen der Gesellschaft an die Forschung auch in Zukunft zu entsprechen. Zu den bei der Gründung der Akademie bestehenden zwei Klassen der Geisteswissenschaften sowie der Naturwissenschaften und Medizin kam eine dritte Klasse für Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften und ab 2008 auch eine Klasse der Künste.

Welche Einsichten ein künstlerischer Blickwinkel auch für wissenschaftliche Analysen bedeuten kann, wird die Jahresausstellung mit dem vieldeutigen Titel „Leap of faith“ offenbaren. Sie wird am 8. Mai 2024 in diesem Gebäude vorveröffentlicht und verdeutlicht die oft trügerische Gewissheit, die wir einer fotografischen oder auch digitalen Bildwiedergabe unwillkürlich zubilligen.

Von den weiteren Erfolgen unserer Akademie ist das Akademienprogramm so wichtig, dass ich auf darauf auf einer gesonderten Folie eingehe. Dass dieses in den vergangenen Jahren mehrere weitere unserer begehrten Förderungen einwerben konnte, verdanken wir auch der in enger Zusammenarbeit mit dem Cologne Center for eHumanities betriebenen Koordinierungsstelle Digital.

Wer in NRW einen Antrag stellen will, kann für die gewaltig zunehmenden digitalen Anforderungen sowohl bei der Konzeption von Anträgen als auch bei der Durchführung von Projekten auf die Beratung und Hilfe dieser gemeinsamen Institution bauen, die über unsere Akademie dann auch Teil des erfolgreichen NFDI-Konsortiums ist.

Als weiteres wichtiges Element, das unsere Akademie für die Zukunft fit macht, möchte ich das 2006 gegründete junge Kolleg hervorheben. Auf die Einzelheiten gehe ich gleich ein.

(Folie 5 wird gezeigt.)

Zunächst zu den Akademievorhaben. Langzeitforschung ist in den Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie in der Medizin weltweit selbstverständlich und wird in Deutschland durch Max-Planck-Institute oder auch Großeinrichtungen wie zum Beispiel das Deutsche Elektronen-Synchrotron in Hamburg gestützt. Schwieriger ist es für manche Vorhaben in den Geisteswissenschaften, die einen langen Atem erfordern. Da stellt das deutsche Akademienprogramm ein weltweit beneidetes Unikum dar.

Von den an unseren nordrhein-westfälischen Universitäten betriebenen Vorhaben unserer Akademie möchte ich als Beispiel den Dialektatlas Mittleres Westdeutschland, die Forschung zur Formierung Europas im zwölften Jahrhundert oder auch das erste Wörterbuch der Mayasprache nennen.

(Folie 6 wird gezeigt.)

Zum Jungen Kolleg. In selbstdefinierten Arbeitsgruppen zu übergreifenden Themen wie „Individuum“, „Dialog“ oder „System“ treffen sich Nachwuchsforscherinnen und Nachwuchsforscher aus allen Wissenschaftsbereichen und der Kunst. Viele von ihnen stoßen mit ihren Forschungen in Fragestellungen vor, die unsere traditionellen Fachgrenzen durchbrechen. Somit ist das ein regelrechtes Zukunftslabor.

Erheblich ist übrigens auch der Profit für die sozusagen ordentlichen Mitglieder der vier traditionellen Klassen, denn sie diskutieren die zahlreichen eingehenden jährlichen Bewerbungen, begutachten sie, fühlen damit auch direkt am Puls der neuen Entwicklungen und spiegeln entsprechende Bedürfnisse wieder in ihre Klassen. Auf die Zusammenarbeit mit Humboldtⁿ wird Frau Rektorin Wolff gleich noch eingehen.

(Folie 7 wird gezeigt.)

Um meine Ausführungen zum Jungen Kolleg ein wenig zu konkretisieren, möchte ich kurz auf vier Mitglieder hinweisen, und zwar zunächst auf Juniorprofessorin Carolin Victoria Schneider. Sie wurde mit 28 Jahren Nachwuchswissenschaftlerin des Jahres 2023. Juniorprofessor Dr. Philipp Trotter befasst sich mit Sustainability Management. Genauso etwas meine ich, wenn ich von neuen Fächerzuschnitten spreche.

(Folie 8 wird gezeigt.)

Juniorprofessorin Dr. Dr. Asmaa El Maaroufi hat einen Forschungsschwerpunkt in Islamischer Anthropologie sowie in Umwelt-, Tier- und Bioethik. Dr. Yannic Han Biao Federer erhielt 2022 als Schriftsteller den NRW-Förderpreis.

(Folie 9 wird gezeigt.)

Auf meiner letzten Folie in dieser Präsentation finden Sie einen Hinweis auf Veranstaltungen der nächsten Zeit. Sie sind jedoch nicht nur zu diesen, sondern auch im Anschluss dieser Sitzung zum Verbleib eingeladen und können dann bei einem Imbiss auf Mitglieder der Meisterklasse für Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften treffen. In dieser trägt gerade unser Mitglied Professor Dierk Raabe zu dem vor, was ich als Laie „grünen Stahl“ nennen würde. Herr Raabe ist Direktor des soeben umgewidmeten Max-Planck-Instituts für Nachhaltige Materialien, früher hieß das „Eisenforschung“.

Bei der Führung durch unsere Akademie im Anschluss an diese Sitzung wird mich Frau Dusch unterstützen.

Prof.'in Dr. Birgitta Wolff (Landesrektorenkonferenz, Humboldtⁿ): Ich bin seit September 2022 Rektorin der Bergischen Universität Wuppertal und freue mich sehr, nach einem langen Weg gewissermaßen wieder zu Hause, nämlich im Nachbarlandkreis meines ersten Studienortes in meinem Heimatbundesland, wirken zu dürfen. Ich darf heute Professor Dr. Johannes Wessels vertreten. Seit vorgestern bin ich offiziell im Sprecherteam der LRK und damit auch seine legitime Stellvertreterin. Ich darf Sie herzlich von ihm grüßen und den Faden aufnehmen.

Sie sehen: Wir arbeiten als Akademie der Wissenschaften und Künste und Landesrektorenkonferenz so eng zusammen, dass wir es sogar geschafft haben, einen integrierten Foliensatz herzustellen.

(Folie 11 wird gezeigt.)

Wer sind wir? Sie kennen die LRK NRW in aller Ausführlichkeit wahrscheinlich länger als ich. Ich lese Ihnen die Zahlen nicht alle vor. Die Präsentationsfolien werden Ihnen im Nachhinein zur Verfügung gestellt.

NRW ist ein auch wissenschaftlich sehr erfolgreiches und mitunter sehr beneidetes Bundesland. Ich kann das als eine relativ frisch aus einem anderen Bundesland Hinzukommende ohne Eigenlob erwähnen. Die LRK ist seit den sechziger Jahren als ein Verein konstituiert. Wir sind gerade dabei, ein bisschen neuen Schwung und neue Themen zu finden. Ein wichtiger Teil meiner Job-Description ist die effektive Vernetzung.

Ich freue mich sehr, dass die Stimmung in NRW gerade so war, dass wir uns in der Nachwuchsarbeit enger mit der Akademie zusammen tun. Wir sind aber auch mit der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft eng verbandelt sowie neuerdings auch mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaften und in privater Trägerschaft. Wir tun gut daran, wenn wir in NRW diese unglaubliche Power und Vielfalt, die wir im Land haben, noch enger vernetzen. Daraus kann auch im Vergleich zu anderen Bundesländern noch so viel mehr werden.

Umso mehr freue ich mich, dass Sie sich nicht nur für uns als einzelne Institutionen, sondern auch in dieser vernetzten Konstellation interessieren und das offensichtlich auch unterstützen.

(Folie 12 wird gezeigt.)

Was machen wir? Ich kann einige Projekte nennen, die Ihnen wahrscheinlich auch aus der Interaktion mit der Landesregierung und mit unserer Ministerin bekannt vorkommen. Wir sind – wir verstehen uns auch so – ein Transmissionsrahmen politisch definierter Anliegen in die Hochschulszene. Themen, die Ihnen unter den Nägeln brennen, transportiert das Ministerium stante pede in die Hochschulen.

Dafür haben wir auch unsere eigenen Runden, die Landeswissenschaftskonferenz und andere Formate. Die Ministerin ist in der Runde unserer Hochschulratsvorsitzenden dem Vernehmen nach jedes Mal anwesend. Auch da besteht Vernetzung. Wir reden miteinander.

Wichtige Themen sind die strukturelle Eingrenzung von Machtmissbrauch, die Unterstützung und Beratung zu Antisemitismus. Das unterstützt das Ministerium aktuell meines Wissens mit 1,5 Millionen Euro. Wir sind im Austausch über konkrete Formate und

eine Meldestelle, die einheitlich und mit den verschiedenen Hochschulen zusammen sammelt, was es an Themen gibt. Ich halte es auch für sinnvoll, aus einer Hand zu arbeiten. In der Runde der Rektoren hat auch die Antisemitismusbeauftragte des Landes teilgenommen, sodass wir da wirklich auch in allen Varianten miteinander reden.

Ein sehr großes Thema ist auch die Lehrkräftebildung, und zwar sowohl qualitativ als auch quantitativ. Das vertiefen wir heute nicht, aber auch dazu sind wir im Gespräch. Auf Wunsch der Landesregierung haben wir bekanntlich im vergangenen Wintersemester die Zahl der Studienplätze im Bereich der Lehrkräftebildung noch einmal massiv hochgefahren. Auch meine eigene Uni hat sich dabei mächtig ins Zeug gelegt. Das machen wir gerne, weil wir uns bei aller wissenschaftlichen Freiheit letztendlich auch als Dienstleister verstehen, sowohl für diejenigen, die uns finanzieren, als auch für diejenigen, die deren Willensbildung vertreten, also für Sie, liebe Abgeordnete.

In diesem Sinne haben wir uns auch auf den Weg gemacht, das Thema „Nachhaltigkeit“ stärker zu vernetzen, das der Landesregierung bekanntermaßen und nicht erst neuerdings ein großes Anliegen ist.

(Folie 13 wird gezeigt.)

Angestoßen wurde die Gründung von Humboldtⁿ meines Wissens vor vier Jahren. Ich kam ein Jahr später dazu und habe relativ schnell gemeinsam mit Manfred Fishedick die Co-Sprecherschaft übernommen. In Wuppertal fühlen wir uns dem Nachhaltigkeitsgedanken schon lange verbunden – denken Sie an das Circular Valley und die lange Tradition des Wuppertal Instituts –, und zwar in allen fachlichen Facetten. Ich möchte heute besonders auf die Zusammenarbeit mit der Wissenschaftsakademie eingehen.

Wer sind wir bei Humboldtⁿ? Wir sind 16 Mitgliedsunis. Vermutlich wenig überraschend sind es dieselben, die auch in der LRK vertreten sind. Hinzu kommt das Wuppertal Institut, daher auch die Co-Sprecherschaft. Der Link in die außeruniversitäre Forschungsgemeinschaft ist uns ganz wichtig. Auch die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und Künste ist Partnerin.

Wir sind parallel zu entsprechenden Strukturen an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften vom Land unterstützt worden, um uns zu entwickeln, und befinden uns gerade in Absprachen über die Weiterfinanzierung und in einem engen Schulterschluss mit den HAW. Man glaubt es kaum. Das war harte Arbeit, weil es da mitunter traditionelle Vorbehalte gibt. Aber ich glaube, wir befinden uns auf einem guten Endspurt.

Im Beirat von Humboldtⁿ ist die außeruniversitäre Forschungsgemeinschaft durch Manfred Fishedick vom Wuppertal Institut und Frau Dusch von der Akademie vertreten.

(Folie 14 wird gezeigt.)

Was planen wir? Effektive Vernetzung ist, wie gesagt, Teil meiner Arbeitsplatzbeschreibung. Sie müssen die hier gezeigte Abbildung nicht im Einzelnen verstehen. Ich erläutere die Highlights. Es geht hier um ein Konzept des Ministeriums, für das wir Vorschläge unterbreitet haben. Ziel ist es, die Nachhaltigkeitsarbeit der Unis mit denjenigen an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften, den Akademien und den außeruniversitären Einrichtungen stärker zu vernetzen.

Wenn Sie das Kleingedruckte erkennen könnten, würden Sie sehen, dass wir dies als Plattform nutzen, um uns mit bereits existierenden lokalen, regionalen oder anderen fachlichen Netzwerken zu verbinden. Unser Eindruck ist, dass es wahnsinnig viele Nachhaltigkeitsinitiativen gibt, unter anderem im Bereich „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die von verschiedenen Ressorts gefördert werden.

Sie hätten Ihre helle Freude daran, wenn ich Ihnen berichten würde, was ich in den vergangenen anderthalb Jahren alles an Netzwerken entdeckt habe, die dasselbe Thema im Programm haben und nichts voneinander wissen. Zum Teil scheinen die Vertretungen der einzelnen Ressorts dies auch gar nicht miteinander abgestimmt zu haben. Das sammeln wir jetzt, was auf uneingeschränkte Zustimmung stößt.

Im Beirat der Initiative BNE für die Lehramtsausbildung sind zum Beispiel auf Arbeitsebene drei Ressorts der Landesregierung vertreten, die auch super konstruktiv zusammenarbeiten. Das macht mir, die von außen hinzukommt, richtig Spaß, weil ich den Eindruck habe, dass in NRW auch wirklich ein Wille vorhanden ist, gemeinsam etwas zu gestalten. Dies gilt auch für die anderen Verästelungen dieser Netzwerkplattform.

(Folie 15 wird gezeigt.)

Gemeinsam mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaften planen wir insbesondere eine sogenannte Zukunftskonferenz. Sie soll Ausdruck dieser Vernetzung sein, in regelmäßigen Abständen, zum Beispiel alle zwei Jahre, stattfinden und Kommunikationsformate und auch Gesprächsangebote an die Landesregierung beinhalten.

Wenn die Landesregierung also nicht ohnehin schon weiß, an wen sie sich in der NRW-Wissenschaft wenden kann, kann sie uns anrufen. Wir vermitteln dann weiter, sodass das Land NRW auch einen ziemlich guten und direkten Zugriff auf die Expertise im System hat und Wissenschaft nicht nur zur Beschreibung und Bejammern, sondern auch möglichst effektiv zur Lösung der Probleme nutzen kann – Wissenschaft als Problem-Solver für das Land und zwar abgestimmt in allen Initiativen.

(Folie 16 wird gezeigt.)

Wo treffen wir uns besonders eng mit der Wissenschaftsakademie? Mein Vorredner hat es schon erwähnt: im Bereich der Nachwuchsförderung. Ich halte das für eine gute Idee. Es ist immer die Grundidee einer Wissenschaftsakademie, personell das Best-of zusammenzuziehen. Gerade besonders talentierte Nachwuchsleute sind in der Regel welche, die auch irgendwann Rufe in der Wissenschaft haben wollen. Zum Teil haben sie schon Juniorprofessuren. Es ist auch für das Coaching und den wissenschaftlichen Austausch eine tolle Idee, das mit den Unis enger zu verdrahten.

Humboldtⁿ hat die Nachwuchsförderung von Anfang an angelegt. Ich weise auf die untere Hälfte der Folie 17 hin, um nicht zu sehr ins Detail zu gehen. Wir haben für den wissenschaftlichen Nachwuchs über alle Qualifikationsstufen hinweg, beginnend bei Studierenden, über Promovierende bis hin zu Forschenden, alle möglichen Formate entwickelt, um Nachhaltigkeitsthemen gebündelt zugänglich und lösungsorientiert in gemeinsamen Projekten diskutierbar zu machen.

Wir haben auch Mittel für einen Preis eingeworben, den wir im vergangenen Jahr zum ersten Mal vergeben haben. Es waren, wohl gemerkt, Mittel aus dem privaten Sektor. Auch das läuft also.

(Folie 17 wird gezeigt.)

Zur Nachwuchsförderung gehört, wie erwähnt, die enge Kooperation mit der Akademie. Wir als LRK haben dem Jungen Kolleg über Humboldtⁿ Stipendien für besonders talentierte Nachwuchskolleginnen und -kollegen zur Verfügung gestellt. Es gibt ein gemeinsames Auswahlverfahren. Drei Vertreter der LRK wirken dabei in Abstimmung mit der Leitung der Akademie mit. Die machen das auch total gerne.

Es gibt die ersten Erfolge. Philipp Trotter zum Beispiel, der junge Mann aus Wuppertal, der Ihnen vorhin exemplarisch genannt wurde, hatte inzwischen einen ehrenvollen ausländischen Ruf, der vorzeitig entfristet worden ist. Sie sehen: Es ist noch kein großes Sample, aber die Zusammenarbeit wirkt, exemplarisch betrachtet, durchaus nicht karrierebremsend.

Inzwischen haben wir auch gemeinsame Kommunikationsforen. Unlängst hat ein sogenanntes R3-Gespräch stattgefunden. Da ging es auch um karrierebezogene Fragen und darum, Herausforderungen für die Nachwuchskolleginnen und -kollegen lösungsorientiert zu besprechen.

Demnächst wird es einen Themenworkshop zur Transformation, also auch direkt zur Nachhaltigkeit, geben. Dieser Workshop wird von den Jungkollegiatinnen und -kollegiaten selbst im Pingpongspiel mit uns entwickelt, sodass er auch an die vorderste Forschungsfront und an den jüngsten Diskussionsstand andockt. Die Panels werden über die LRK und das Junge Kolleg gemeinsam besetzt, sodass wir da wirklich eine gut informierte Diskussionskultur entwickeln können. Ich glaube, das läuft sehr schön. Es ist allerdings alles neu und noch ein bisschen Trial-and-Error.

(Folie 18 wird gezeigt.)

Die Details auf den letzten Folien gehe ich nicht im Einzelnen durch. Bei dem R3-Gespräch sehen Sie aber exemplarisch, wie wir ein Problem gelöst haben, nämlich über bestimmte Klauseln in den Förderbedingungen der DFG. Manchmal ist es für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht einfach, in einem komplexen System die Ansatzpunkte für Lösungen zu finden. Dabei können wir alten Hasen helfen.

In dem eben erwähnten Forum werden wir demnächst zu Transformationsthemen arbeiten, die auch das Wuppertal Institut und die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft in allen Facetten beschäftigen.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Frau Professorin Wolff und Herr Professor Hammerstaedt, vielen Dank für den sehr interessanten Vortrag. Jetzt besteht noch die Möglichkeit, Fragen zu stellen

Dr. Bastian Hartmann (SPD): Vielen Dank. – Herr Vorsitzender! Frau Wolff! Herr Hammerstaedt! Ganz herzlichen Dank erst einmal dafür, dass wir hier sein dürfen, und für die Gastfreundschaft. Das freut uns sehr.

Die Akademie der Wissenschaften und auch die LRK muss ich gar nicht starkreden. Das wissen Sie selber. Frau Wolff, mir ist aufgefallen, dass Sie meines Erachtens noch die Nobelpreisträger aufnehmen könnten. Auch mit denen könnten wir uns brüsten. Die Liste der guten Dinge ist also sogar noch länger.

Ich würde insbesondere das Junge Kolleg hervorheben. Dieses ist ein ganz wichtiger Punkt und ein ganz wichtiger Lückenschluss in der Vita ganz vieler Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Wir wissen, dass der Karriereweg an dieser Stelle nicht ganz trivial ist und auch nicht immer nur die Qualität darüber entscheidet, ob man es in der Wissenschaft tatsächlich schafft. Von daher ist es kaum noch wegzudenken.

Herr Hammerstaedt, anhand der kurzen Biografien, die Sie vorhin in der Präsentation gezeigt haben, wird deutlich, dass das Topleute sind. Ich fand das schon sehr beeindruckend – wenn man das so flapsig sagen darf. Das sind Köpfe, die wir nicht verlieren wollen bzw. die zu verlieren wir uns nicht leisten dürfen.

Im besten Falle bleiben die Menschen nicht lange in den Stipendien, sondern wechseln dann zum Beispiel an einen Lehrstuhl. Ich nehme an, das ist bei fast allen mit einer solchen Vita der Fall. Können Sie beziffern, wie viele das sind und wie lange diese da bleiben? Gibt es Fälle von Wissenschaftlern aus dem Kolleg, die doch nicht in der Wissenschaft bleiben, oder zumindest nicht in NRW? Hätten Sie da irgendeine Art von Evaluation für uns?

Prof. Dr. Jürgen Hammerstaedt (Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und der Künste): Gerne, die Ziffern liefert Ihnen Frau Dusch.

Christiane Dusch (Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und der Künste): Wir haben wirklich mal geschaut, wie die Karrierewege der Mitglieder des Jungen Kollegs verlaufen. Rund 80 % wechseln entweder in der Zeit, in der sie einen Stipendienplatz bei uns haben oder unmittelbar nach den vier Jahren in eine Lebenszeitprofessur. Das finden wir eine nicht ganz schlechte Quote. Frau Wolff hat mit Herrn Trotter gerade schon ein sehr aktuelles Beispiel gebracht.

Raphael Tigges (CDU): Herzlichen Dank dafür, dass wir hier sein dürfen. Wir hatten schon bei dem JRF-Jubiläum vor wenigen Tagen einmal die Möglichkeit, die Räumlichkeiten in Augenschein zu nehmen. Dennoch vielen Dank dafür, dass Sie uns die Möglichkeit geben, uns direkt vor Ort über die Arbeit der Akademie zu informieren – auch über die LRK und die JRF, die alle hier in diesem Hause wirken. Für alle Ausschussmitglieder ist es wirklich sehr hilfreich, zu sehen, wo exzellente Forschung betrieben, begleitet und gebündelt wird.

Sie haben schon viele Informationen gegeben. Ich habe aber drei Nachfragen.

Erstens. Zum Thema „Nachwuchsförderung“ und den Stipendien, die Sie weiter aufzubauen versuchen. Vielleicht können Sie einige wenige Sätze dazu verlieren, wie die Auswahl erfolgt. Sie haben gesagt, Sie hätten ein Gremium, das gemeinsam überlege. Aber nach welchen Kriterien erfolgt das? Vielleicht könnten Sie etwas zu den Rahmenbedingungen sagen – nicht im Detail, sondern ganz grob.

Zweitens. Wie funktioniert die Vernetzung mit anderen Akademien in der Bundesrepublik, also über die Ländergrenzen hinweg? Wo gibt es Gemeinsamkeiten. Wo gibt es zwischen den Ländern auch Unterschiede? Was machen andere Akademien anders?

Drittens. Frau Wolff, wir haben die Unterstützung von Humboldtⁿ in unseren Koalitionsvertrag aufgenommen, sie dort definiert und wollen das auch weiter begleiten. Wir freuen uns, dass diesbezüglich schon viel passiert ist, aber zur Vernetzung mit den Hochschulen im Land: Wir haben damals explizit die Nachhaltigkeits-Offices benannt, die in Zusammenarbeit mit Humboldtⁿ an den Hochschulen entstehen sollten. Ich habe so schnell nicht erkannt, ob es vielleicht auf der Folie stand.

Prof. Dr. Jürgen Hammerstaedt (Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und der Künste): Ich fange mit dem Auswahlprozess an. Es kommen Vorschläge von den Universitäten – teilweise gebündelt –, man kann sich aber auch einzeln bewerben. In einem ersten Schritt wird geschaut, in welche der drei wissenschaftlichen Klassen – die Kunstklasse ist ein Sonderfall – die Kandidaturen fallen. Dann findet ein Treffen zwischen den beiden Sekretären und einem Mitglied des Jungen Kollegs statt, bei dem erst einmal vorsortiert wird, welche Bewerbungen begutachtet werden.

Das sind dann in der Regel doch schon eine ganze Menge. Es werden immer zwei Fachgutachten erstellt, nach Möglichkeit aus der eigenen Klasse. Wenn aber schon Fachübergreifendes sichtbar ist oder wir uns nicht ganz kompetent fühlen, greifen wir auch auf andere Begutachtungen zurück. Es gibt jeweils zwei Kurzgutachten pro Person. Dann treffen wir uns mit einem weiteren Mitglied des Ausschusses, der am Ende den Gesamtprozess begleitet, und überlegen, welche Mitglieder aus unserer Klasse wir in die erste gemeinsame Auswahl Sitzung bringen.

Die gemeinsame Auswahl Sitzung findet dann unter allen Klassen statt. Daran nehmen Mitglieder aller Klassen und die Vertreter des Jungen Kollegs teil. Bei dieser Gelegenheit wird eben überlegt, wie viele Kandidatinnen und Kandidaten zu einem persönlichen Vorgespräch beziehungsweise zu einer Präsentation eingeladen werden. Diese Präsentation findet dann in der Regel im Herbst statt. Der Auswahlprozess erstreckt sich also in vier Stufen von Mai/Juni bis in der Regel Oktober/November. Bezüglich der Zahlen verweise ich wieder auf Frau Dusch.

Kurz etwas zu den Akademien und zunächst zu dem Akademienprogramm. Eine ganze Reihe von Akademien sind in der Union der Akademien zusammengeschlossen. Diese hat ihren Sitz in Mainz. Alle Langzeitvorhaben, die beantragt werden, gehen nach der Auswahl durch unsere Akademie weiter an die Union der Akademien die dann die Hälfte der Finanzierung über Bundesmittel bereitstellt. Im Zusammenhang mit solchen Zukunftsprojekten findet schon ein enger Austausch statt. Diese dauern immerhin zwölf bis 25 Jahre. Darüber unterhalten sich dann auch unsere Vertreter auf der Akademieebene.

Da ich unsere Präsidentin derzeit vertreten muss, weiß ich seit wenigen Tagen auch, dass sich die Präsidenten der Akademien einmal im Monat in aller Früh um acht zu einem Jour fixe zusammenfinden. Es findet also auch kleiner Grenzverkehr statt. Sie

treffen sich auch darüber hinaus regelmäßig – ich weiß jetzt nicht, in welchen Abständen. Meinem Eindruck nach sind sie auf allen Ebenen gut vernetzt. Ich bitte Frau Dusch, noch einmal zu ergänzen.

Christiane Dusch (Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und der Künste): Das mache ich sehr gerne. – Herr Tigges, Sie hatten auch nach Unterschieden gefragt. Es gibt acht Landesakademien mit einer sehr unterschiedlichen zeitlichen Historie. Die Nordrhein-Westfälische Akademie ist die zweitgrößte und wurde 1970 gegründet. Nach uns wurde noch die Hamburger Akademie gegründet. Alle anderen sind älter, haben zum Teil eine Jahrhunderte alte Geschichte, und wurden deshalb auch mit eigenem forschenden Personal gegründet.

Aus meiner Perspektive betrachtet hatte die Akademie in Nordrhein-Westfalen das sehr große Glück, 1970 gegründet worden zu sein, also in einer Zeit der Neugründung zahlreicher neuer Universitäten. Der Gesetzgeber war klug genug, zu sagen, in der Akademie solle es kein eigenes Forschungspersonal geben, also keine eigene kleine Philosophische Fakultät als Konkurrenzangebot, sondern die Forschung solle ausschließlich an den Universitäten erfolgen.

Das ist im Vergleich – wenn man das so sagen darf – für uns ein sehr großes Plus. Alle Themen, von Internationalisierung über Nachwuchsförderung bis hin zu neuen Tendenzen in der Wissenschaftskommunikation, finden schließlich ohnehin in den Universitäten statt. Hätten wir hier eine kleine Philosophische Fakultät mit zum Beispiel zehn oder 15 forschenden Personen in den Akademievorhaben, könnten wir gar nicht so gut aufgestellt sein. Diese Kooperation mit den Universitäten und auch die Struktur der Akademie ist für uns Gold wert. Sie ist eine Besonderheit, Nordrhein-Westfalen hat die einzige Akademie komplett ohne eigenes forschendes Personal.

Prof.'in Dr. Birgitta Wolff (Landesrektorenkonferenz, Humboldtⁿ): Herr Tigges, wir haben uns gefreut, dass die Unterstützung für unsere Nachhaltigkeits-Offices im Koalitionsvertrag steht. Wir würden die Unterstützung auch immer noch gerne annehmen, aber zur Einrichtung von Nachhaltigkeits-Offices kommt sie überwiegend zu spät. Die meisten Hochschulen haben den Schuss schon gehört und haben diese schon.

Wir wären natürlich dankbar dafür, wenn Frau Brandes trotzdem Geld für unsere Nachhaltigkeits-Offices fände. Wir haben uns aber mit ihr und ihrem Haus verständigt, dass wir das Geld oder einen Teil davon lieber nutzen, um Anreize für etwas zu schaffen, bei dem wir bisher noch nicht richtig aus den Socken kommen, nämlich für die Kooperation.

Deswegen lautet die Idee, die Plattform Humboldtⁿ weiterzuentwickeln, aber im Rahmen eines umfassenderen Konzeptes, das die Vernetzung mit den HAW, den außeruniversitären Einrichtungen und anderen Plattformen sowie die explizite Entwicklung eines Dialogs mit Stellen der Landesregierung vorsieht, sodass das Ganze vernetzter und kommunikativer wird.

Jetzt isoliert in bestehende Nachhaltigkeits-Offices zu investieren, die häufig parallel und ohne Absprache dieselben Probleme immer wieder für ihre jeweilige Hochschule lösen, schien uns nicht so effektiv zu sein, wie dafür zu sorgen, die schon existierenden

Stellen miteinander ins Gespräch zu bringen, um die Lösungspower zu fördern, damit nicht jeder alles selbst erfinden muss.

Julia Eisentraut (GRÜNE): Ich danke für den spannenden Vortrag und die Einblicke in die Arbeit der Akademie in Nordrhein-Westfalen, Ich habe das große Glück seit 2020 selbst Mitglied der Jungen Akademie in Mainz sein. Ich kenne daher das Akademieleben auch ein bisschen aus der Innenperspektive. Deshalb würde mich die Arbeit des Jungen Kollegs interessieren.

Sie haben die lange Geschichte der Akademien angesprochen. In den vergangenen Jahren haben sich die Akademien und der europäische Akademienverbund gefragt: Was ist eigentlich heutzutage die Aufgabe von Wissenschaftsakademien? Wie würden Sie das heute für sich definieren?

Ich hatte die Chance im vergangenen Jahr am deutschlandweiten Austausch der Jungen Kollegs und Akademien teilzunehmen. Ich fand den Austausch zu sehr vielen verschiedenen wissenschaftlichen Themen sehr inspirierend. Das ging von wissenschaftlichen Rahmenbedingungen zur Wissenschaftskooperation bis hin zu der ganz praktischen Frage, wie man einen Förderantrag schreibt. Dabei war das Junge Kolleg aus NRW leider nicht vertreten. Wie ist die Vernetzung unter den Jungen Kollegs?

Mich würde auch noch ganz konkret interessieren, wie bei Ihnen die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftler*innen und Künstler*innen läuft. Aus der Akademie in Mainz weiß ich, dass es viele Formate gibt, in denen bewusst darauf geachtet wird, das zusammenzubringen. Gerade in der Jungen Akademie gibt es sehr viele Projekte, die versuchen, das Ganze übergreifend darzustellen, also den Unterschied zum Beispiel zwischen Wissenschaft und Literatur zu präsentieren und die unterschiedlichen Perspektiven und die unterschiedliche Herangehensweise an Fragestellungen zusammenzubringen.

Mich würde interessieren, welche Projekte Sie diesbezüglich verfolgen und ob im Jungen Kolleg NRW auch Künstler*innen vertreten sind.

Christiane Dusch (Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und der Künste): Vielen Dank für Ihre Frage und Ihr Interesse am Jungen Kolleg, dass wir zunehmend als Herzstück empfinden, und zwar auch durch den Dialog mit der übrigen Akademie. So wie die Akademie eine Klasse für Künste hat, sind im Jungen Kolleg sowohl Wissenschaftler als auch Kunstschaffende vertreten.

Wie das ganz praktisch aussehen kann, zeigt sich zum Beispiel in unserer gemeinsamen Veranstaltung am 03.07.2024. Da wird es um das Schwerpunktthema „Nachhaltigkeit und Transformation“ gehen. Es wird einen sogenannten Klang-Walk von zwei Kunstschaffenden geben, bei dem man mit seinen Sinnen erleben kann, wie das Eis schmilzt und dass die Uhr eigentlich auf fünf nach zwölf steht.

So etwas zu integrieren, ist für das Junge Kolleg zunehmend wichtig. Wir hören von den Stipendiatinnen und Stipendiaten immer wieder, dass sie die Anwesenheit der Kunstschaffenden als eine echte Bereicherung empfinden.

Frau Eisentraut, Sie hatten auch nach bundesweiten Kooperationen gefragt. Diese finden nicht in der Form statt, dass wir uns regelmäßig mit allen anderen jungen Kollegs trafen. Diese sind nämlich in ihren Strukturen etwas anders. In Baden-Württemberg etwa geht es in der Junge Akademie immer um Forschungsförderprojekte. Es gibt aber punktuelle Kooperationen, wie zum Beispiel jetzt mit der Jungen Akademie der Leopoldina und der Berlin-Brandenburger Akademie zu dem uns zurzeit sehr umtreibenden Thema der Situation der R3-Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler.

Prof. Dr. Jürgen Hammerstaedt (Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und der Künste): Ich würde gern noch eine Sache aus Sicht eines doch älteren Akademiemitglieds hinzufügen. Unsere Klassen sind sehr intensiv in die Auswahlprozesse integriert. Dabei bemerken wir oft, was uns eigentlich in den Klassen fehlen könnte und wo man in der Zukunft bei uns wieder Plätze besetzen könnte, auch, weil wir vieles nicht genügend gut beurteilen können, wenn uns dafür die Kompetenzen fehlen.

Die Mitglieder unseres Jungen Kollegs stellen sich zu Beginn ihrer Zeit einmal bei uns vor und haben dann auch die Gelegenheit, bei uns Vorträge zu halten, sodass auch die Wissenschaftsgenerationen aufeinander einwirken. Für mich persönlich eröffnet das Möglichkeiten, über Themen zu reden, die mir sonst nur die Wissenschaftsverbände bieten, die nicht direkt in meiner Universität sind.

In der Universität sprechen wir nämlich fast nur noch über Kürzungen und Verwaltung. In keiner Fakultätssitzung reden wir noch über wissenschaftliche Themen. Das passiert eben hier in Düsseldorf interdisziplinär oder wenn man mit seinen fachlichen Verbänden außerhalb der eigenen Universität spricht. Das ist für mich persönlich eine fabulöse Ergänzung.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Frau Professorin Wolff, Sie haben meinem Verständnis nach gesagt, es gebe traditionelle Vorbehalte zwischen den Hochschulen für angewandte Wissenschaften und den Universitäten. Wenn das so ist, wäre meine Frage, was Politik daran ändern bzw. wie sie dieses Verhältnis verbessern könnte, zumal die Bedeutung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften in den vergangenen Jahren meines Erachtens zugenommen hat.

Prof.'in Dr. Birgitta Wolff (Landesrektorenkonferenz, Humboldtⁿ): Fangen wir mit der Ursachenebene an. Wenn es mitunter Vorbehalte gibt, liegt das meines Erachtens daran, dass von manchen Akteuren eine latente Konkurrenz zwischen den Hochschultypen wahrgenommen wird.

Man kann dieses Problem jedoch auflösen, und dabei könnten Sie uns helfen, indem die Rollenverteilung im System politisch sinnvoll begleitet und definiert würde. Hartmut Ihne, erster Sprecher des Nachhaltigkeitsnetzwerks der HAW, und ich haben uns auf eine Sprachregelung geeinigt. Wir sprechen nun von einer „komplementären Kooperation“. Das wird auch in unseren beiden LRKs so angenommen und mitvertreten.

Es geht um Kooperation in dem Sinne, dass wir eine Arbeitsteilung im System haben: Nicht jeder muss dasselbe machen – auch nicht innerhalb der Hochschultypen –, sondern

wir tun uns projektbezogen so zusammen, dass die jeweiligen Stärken der Hochschultypen sowie der individuellen Hochschulen systematisch zum Tragen kommen.

Es nimmt dieses unproduktiv Kompetitive heraus, wenn man sagt: Es machen alle, was sie am besten können. Dann hat die Uni Düsseldorf eben einen nachhaltigkeitsbezogenen Exzellenzcluster. Den haben die HAW und auch die meisten Unis nicht. Dafür haben einige HAW tolle Transformationsprojekte.

Es könnte ein Modus sein, sich in dieser Weise auf Augenhöhe zu begegnen, und in dem Wissen, dass alle von uns irgendetwas besonders gut können, bei den jeweils anderen Themen diejenigen machen zu lassen, die bei diesen am besten unterwegs sind. Es geht also nicht um eine vorgeschobene Gleichmacherrhetorik, sondern um Arbeitsteilung und die Betonung von Stärken.

2 **Vorstellung der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft** (*Präsentation [s. Anlage 2]*)

– Gespräch mit Prof. Dr. Dieter Bathen und Prof. Dr. Manfred Fishedick (Vorstandsmitglieder der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft)

Prof. Dr. Dieter Bathen (Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft): Vielen Dank, dass wir die JRF präsentieren dürfen. Ich bin gebeten worden, heute nicht die organisatorischen Aspekte der JRF voranzustellen, sondern ein bisschen klarer zu machen, woran wir konkret forschen.

(Die Präsentation wird eingeblendet. Folie „Die JRF in 3 Minuten“ wird gezeigt.)

Deshalb werden wir den Fokus auf die Forschungsprojekte legen, und Sie erhalten jetzt eine Druckbetankung: Die JRF in 3 Minuten.

(Folie „Die Fakten“ wird gezeigt.)

Was ist die JRF? Das sind 16 Mitgliedsinstitute, an denen aktuell 1.600 Personen arbeiten. Wir erwirtschaften – das sind jetzt die Zahlen von 2022 – 137 Millionen Euro Drittmittel. Das basiert auf einer Grundförderung, also einer institutionellen Förderung, des Landes in Höhe von 21 Millionen Euro. Das ist der beste Hebel aller Forschungsgemeinschaften in Deutschland. Darauf sind wir auch stolz.

Einen herzlichen Dank an die fördernden Ministerien und an Sie, dass Sie in den letzten Jahren trotz der schwierigen Haushaltslage einen Aufwuchs der Förderung realisiert haben. Wir werden regelmäßig evaluiert – darauf werde ich heute nicht eingehen – und betreuen aktuell etwa 260 Promovierende sowie etwa 270 Bachelor- und Masterarbeiten in Kooperation mit den Universitäten, die hinter der JRF stehen.

(Folie „Die Institute“ wird gezeigt.)

Die Institute zeichnen sich durch eine große fachliche Breite aus. Das reicht von klassischer Ingenieurtechnik wie der angewandten Mikro- und Optoelektronik in Aachen bis zu sozialwissenschaftlichen Fragestellungen wie beim Zentrum für Türkei-Studien und Integrationsforschung in Essen.

Wir handhaben diese Bandbreite, indem unsere sogenannten Scharnierinstitute sowohl technische als auch sozialwissenschaftliche Fragestellungen adressieren. Die bekannteren sind das Institut für Landes- und Stadtentwicklung oder das Wuppertal Institut von Manfred Fishedick. Die Institute eint, dass sie alle zielgruppenorientierten Transfer leisten. Sie nehmen eine Brückenfunktion zwischen den dahinter stehenden Universitäten und den jeweiligen Praxiszielgruppen wahr und sind dabei stark aufgestellt.

(Die Folie „Mehrwert der JRF für die Institute“ wird gezeigt.)

Warum braucht es dann überhaupt eine JRF, wenn die Institute so gut funktionieren? Zum einen forschen wir sehr stark gemeinsam. Dazu werde ich gleich einiges erzählen. Dabei geht es um gemeinsame Forschungsprojekte, die aus Alleinstellungsmerkmalen der JRF-Institute und aus strategischen Überlegungen heraus resultieren. Das wird Manfred Fishedick gleich noch erläutern.

Wir pflegen auch einen intensiven nichtwissenschaftlichen Austausch. Das hat viel mit organisatorischen Fragestellungen zu tun. Es geht dabei unter anderem um Personalrecht, Arbeitsschutz und Öffentlichkeitsarbeit. Wir bündeln sinnvolle Dienstleistungen auf der Ebene der JRF. Dazu gehören Evaluierungsverfahren, die Ethikkommission, die Forschungscoordination und – ganz wichtig – die gemeinsame Interessenvertretung auch auf Bundesebene. Behandelt werden unter anderem Themen wie DATI und das Besserstellungsverbot.

(Die Folie „Mehrwert der JRF für NRW“ wird gezeigt.)

Das alles ist gut und schön, aber es stellt sich Ihnen vermutlich die Frage, warum das Land NRW diese Gemeinschaft überhaupt fördern sollte? – Zum einen lösen die Institute Probleme in Nordrhein-Westfalen. Sie holen in erheblichem Maße Drittmittel ins Land, stärken die Wirtschaft, bekämpfen den Fachkräftemangel, fördern Nachwuchs und kommunizieren Wissenschaft. Sie sind auch in der Politikberatung unterwegs. Ich werde gleich einige Beispiele dazu bringen.

Nicht zu unterschätzen ist meiner Meinung nach auch, dass wir einen deutlichen Imagegewinn für NRW darstellen. NRW leistet sich also eine eigene Forschungsgemeinschaft, die auch bundesweite Strahlkraft hat.

(Die Folie „Die Alleinstellungsmerkmale der JRF-Institute“ wird gezeigt.)

Lassen Sie uns konkret werden. Ein Ansatz für vernetzte Forschung ergibt sich für uns aus den Alleinstellungsmerkmalen der JTF-Institute. Das ist sehr, sehr wichtig. Unsere Institute – das wird auch in den Evaluierungsverfahren regelmäßig abgefragt – verfügen über mindestens deutschland-, wenn nicht sogar europaweite Alleinstellungsmerkmale. Das sind technische Dinge wie das Filtrationsforschungszentrum, eine Demofabrik oder das Energie- und Industriesystemmodell, die EPIDAT-Datenbank oder der Starkregenversuchsstand.

Ich könnte jetzt die gesamte Liste auf dieser Folie durchgehen, denn jedes unserer Institute verfügt über solche Alleinstellungsmerkmale. Um diese herum gruppieren sich dann Arbeiten oder Forschungsthemen, die zu gemeinsamen Projekten führen. Ich möchte das an drei Beispielen skizzieren.

(Folie „Das Binnenschiff der Zukunft [DST] wird gezeigt.)

Das erste Beispiel ist das Binnenschiff der Zukunft. Wie soll das aussehen? Es soll bei Niedrigwasser fahren können. Es soll heute mit ausgebildeten Schifferinnen und Schiffern, morgen wahrscheinlich ferngesteuert und emissionsarm, übermorgen autonom und emissionsfrei fahren und letztendlich unabhängig von Häfen sein.

Was passiert an der Stelle? Es gibt Themen wie beispielsweise den Fachkräftemangel. Das DST ist seit Langem in der Ausbildung von Schifferinnen und Schiffern tätig. Zusätzlich ist aber auch das Zentrum für Türkei Studien und Integrationsforschung eingestiegen. Dort wird versucht, Geflüchtete zu qualifizieren, die sich für den Beruf der Binnenschiffer bzw. Binnenschifferinnen und die Schifffahrt interessieren.

Die Ziele „ferngesteuert, emissionsarm, autonom, emissionsfrei“ bieten eine riesige Spielwiese für Themen rund um Digitalisierung und neue Antriebstechnologien, etwa Brennstoffzellen und elektrische Antriebe. Tätig sind die entsprechenden JRF-Institute

DST, IUTA, ZBT, das Wuppertal Institut und die entsprechenden Universitäten. In diesem Fall sind die Universität Duisburg-Essen und die Rheinisch Westfälische Hochschule unterwegs.

Das Ganze findet aber nicht im luftleeren Raum statt, sondern hat natürlich explizit Nutzerinnen. Das sind Reedereien, Hafenbetreiber und Logistikunternehmen, die hier auf diese Forschungsergebnisse zugreifen und diese umsetzen. Deshalb habe ich dieses Beispiel gewählt. Wahrscheinlich haben Sie es verfolgt: Die Reederei Rhenus hat jetzt ein Binnenschiff so umgerüstet bzw. ist gerade dabei, es so umzurüsten, dass es ferngesteuert fahren kann.

Das Schiff kann dann von diesem Fernversuchsstand gesteuert werden, an dem Sie hier auf der Folie unseren Ministerpräsidenten sehen – damals war er noch Verkehrsminister. Die Forschungsergebnisse, die jetzt an dem Forschungsschiff gewonnen werden, das hier ebenfalls abgebildet ist, werden dann direkt eins zu eins in die Praxis umgesetzt.

(Folie „Das Labor der Zukunft [IUTA]“ wird gezeigt.)

Das zweite Beispiel ist das vor Kurzem eröffnete Labor der Zukunft am Institut für Umwelt & Energie, Technik & Analytik. Dort geht es darum, die chemische Analytik ressourcenschonend, hochautomatisiert und durchgehend digitalisiert zu gestalten. Hintergrund ist die personalisierte Medizin. In der Medizin gibt es zunehmend den Trend, nicht mehr irgendwelche Standardwirkstoffe auf die Patienten loszulassen, sondern Wirkstoffe entsprechend der Therapie, dem Zustand des Patienten und den befürchteten Nebenwirkungen zu einem patientenindividuellen Cocktail zusammenzumixen.

Das liefert leider auch Raum für Kriminelle. Sie haben es vermutlich verfolgt: Es ging um gepanschte Krebsmedikamente. Das Ganze muss also überwacht werden. Dies erfolgt im Moment noch freiwillig, wird aber zunehmend verpflichtend werden. Dafür brauchen wir große Kapazitäten, die erst aufgebaut werden müssen, und eine neue Art von Analytik.

Diese Dinge zu entwickeln, ist die Aufgabe des Labors der Zukunft. Auch daran sind wieder sehr viele JRF-Institute beteiligt. Sie sind in der Präsentation aufgeführt. Hinzu kommen Hochschulen, sei es die UDE oder die Hochschule Niederrhein. Nutzer sind Pharmaunternehmen, Laborausrüster, Laborgerätehersteller, Roboterhersteller und Softwareunternehmen. Viele von denen sind auch in Nordrhein-Westfalen ansässig.

(Die Folie „Die Gesellschaft der Zukunft [BICC]“ wird gezeigt.)

Das dritte Thema, das ich heute vorstellen möchte, ist die Gesellschaft der Zukunft. Dieses adressieren wir rund um das BICC, das Bonn International Center for Conflict Studies. Dessen Alleinstellungsmerkmal ist, dass es sich mit Konflikten auf allen Skalen befasst, das heißt von zwischenstaatlichen Konflikten wie beispielsweise zwischen Armenien und Aserbaidschan über bürgerkriegsähnliche Situationen bis hin zu der Transformation dieser Konfliktsituationen hier in unserer Gesellschaft.

Die Gesellschaft der Zukunft ist unserer Vorstellung nach demokratisch, tolerant und resilient gegen Manipulationen von außen. Sie löst Konflikte gewaltfrei, bietet Chancengerechtigkeit und geht lösungsorientiert mit Zuwanderung um. Wir beschäftigen

uns in diesem Kreis zum Beispiel mit folgenden Fragen: Welche Auswirkungen hat der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine auf die Community hier in Nordrhein-Westfalen? Welche Auswirkungen hat dieser Konflikt zum Beispiel auf die vielen Organisationen, die ursprünglich von russischen und ukrainischen Menschen gemeinsam getragen wurden.

Es geht auch darum, welche Auswirkungen die Innenpolitik in der Türkei auf die türkische Community in Nordrhein-Westfalen hat, und um die lange Historie der Schändung von jüdischen Friedhöfen. Hier wird also eine ganze Themenpalette adressiert. Das reicht bis hin zu klassischen Dienstleistungsprojekten. Wir evaluieren zum Beispiel den islamischen Religionsunterricht.

In der Präsentation sind die Institute und die Hochschulen aufgeführt, die dahinterstecken, in diesem Fall sind es unter anderem die Universitäten Duisburg-Essen, Bonn und Dortmund. Nutzer sind die Kommunen, zum Beispiel die Stadt Essen, die Schulen, die Politik und die Sicherheitsbehörden.

Ich hoffe, das hat Ihnen jetzt einen kleinen Einblick in unsere Arbeit gegeben und gezeigt, wie wir aus den Alleinstellungsmerkmalen einzelner Institute heraus gemeinsame Projekte entwickeln. Für die Erläuterung unseres strategischen Ansatzes übergebe ich an Manfred Fishedick.

Prof. Dr. Manfred Fishedick (Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft): Ich möchte gern berichten, wie wir gemeinsame Forschung organisieren. Das versuchen wir entlang von vier Leitthemen zu tun. Werfen wir zumindest einen kurzen Blick darauf, was diese Leitthemen leisten sollen.

(Die Folie „Die Leitthemen“ wird gezeigt.)

Sie sollen die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus adressieren. Sie bieten für uns den Rahmen für gemeinsame Forschungsaktivitäten und Forschungsprojekte, also schlussendlich für die Vernetzung untereinander. Sie dienen – so sind sie auch aufgestellt – dem zentralen Austausch mit Gesellschaft, Wirtschaft und Politik und sind zentraler Ankerpunkt für unsere Öffentlichkeitsarbeit.

Was sind die vier Leitthemen? Eines ist „Städte & Infrastruktur“. Wenn man sich heute mit Transformationsherausforderungen auseinandersetzt, erkennt man relativ schnell, dass diese im städtischen Kontext kumulieren und sich wesentliche Anforderungen auf Städte konzentrieren. Die Handlungsaktivitäten kommen aus Städten heraus, wo auch die Entscheidungen getroffen werden. Insofern sind Städte und Infrastrukturen für uns ein ganz wichtiges Thema.

Zu Industrie und Umwelt, muss ich hier in Nordrhein-Westfalen wohl niemandem viel erzählen. Ein Land, das sich aufmacht, erste klimaneutrale Industrieregion Europas zu sein, muss sich mit Industrie und Umweltthemen auseinandersetzen. Insofern machen wir das auch in der JRF.

Auch „Gesellschaft & Digitalisierung“ ist für uns ein sehr wichtiges Thema. Wir wissen, dass wir in der Digitalisierung besser werden müssen und für viele Transformationsprozesse digitale Methoden und Tools brauchen. Wir wissen aber auch, dass es mög-

licherweise ein Spannungsfeld zwischen digitalen Anwendungen und gesellschaftlichen Themen gibt. Insofern ist auch das für uns ein wichtiges Leitthema.

Last, but not least: Globalisierung & Integration. Das ist für eine Gesellschaft wie die nordrhein-westfälische seit sehr vielen Jahren ein zentrales Thema. Auch die Globalisierung hat unterschiedliche Facetten. Wir haben zum Beispiel durch die Pandemie und den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine lernen müssen, wie verletzlich global aufgestellte Systeme sind. Wir forschen auch daran, besser zu verstehen, wie Transformationsprozesse sich auf den unterschiedlichen Ebenen in der Welt auswirken.

(Folie 14 „Die BMBF-Zukunftsstrategie“ wird gezeigt)

Auf dieser Folie haben wir die Themen der JRF einmal der BMBF-Zukunftsstrategie gegenübergestellt. In der BMBF-Zukunftsstrategie finden sich sechs Themenfelder. Mit Ausnahme eines Themenfelds sind wir eigentlich in jedem der Punkte aktiv. Wir bleiben, flapsig ausgedrückt, mehr oder weniger auf dem Boden, lassen also die Raumfahrt aus und gehen nicht in die Tiefsee. Auf dem Boden sind wir aber in allen Bereichen aktiv.

Fast alle Institute forschen zu „Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und wettbewerbsfähige Industrie“. Bei diesen Themen sehen Sie eine Ballung von Instituten. In einigen Themenfeldern, wie zum Beispiel „Gesundheit für alle verbessern“, gibt es aber noch Entwicklungspotenzial. Aber auch dort ist beispielsweise das Spannungsfeld zwischen Klimawandel und Gesundheit adressiert. Auch daran arbeiten wir sehr, sehr viel und kooperieren dabei im Kontext von Humboldtⁿ intensiv mit anderen.

Diese Themen entwickeln sich weiter und decken im Grunde die Themenbereiche der BMBF-Zukunftsstrategie ab.

(Folie 15 „Die BMBF-Zukunftsstrategie“ wird gezeigt)

Wir haben hier das gleiche Spielchen noch einmal für die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie gemacht. In dieser finden sich sechs Transformationsbereiche. Man kann meines Erachtens mit Fug und Recht sagen, dass wir in allen sechs Transformationsbereichen aktiv sind. Die Institute der JRF leisten also einen Lösungsbeitrag für die Transformationsherausforderungen. Auch hier gibt es wieder eine starke Schnittstelle zu dem, was Birgitta Wolff gerade im Kontext von Humboldtⁿ berichtet hat. Es gibt also einen Austausch auf der universitären Ebene und natürlich auch mit den HAW.

(Folie 16 „Die Stadt der Zukunft [Städte & Infrastruktur]“)

Ich will an einem Beispiel noch einmal ein Stück weit illustrieren, was wir machen, ähnlich wie dies Herr Bathen gerade schon anhand anderer Beispiele getan hat. Jetzt geht es aber um ein Beispiel aus dem Themenbereich „Städte & Infrastruktur“. Hier schauen wir sehr genau auf die Frage: Was ist eigentlich die Stadt der Zukunft? Wenn man Forschung betreibt, muss man sich mit der Frage auseinandersetzen: Wo wollen wir denn hin? Was ist das Zielbild des Transformationsprozesses?

Auf der Folie sehen Sie ein paar Spiegelstriche für die Stadt der Zukunft. Es soll eine lebenswerte Stadt sein, die dem Klimawandel trotzt und die Klimaanpassung stärker in den Blick nimmt. Sie soll eine ressourcenschonende, nachhaltige, altersgerechte,

gesunde und digitale Stadt sein und sich flexibel dem demografischen Wandel stellen können. Alle diese Themenfelder kann man nicht aus einer Institution heraus adressieren. Insofern sehen Sie hier eine Fülle von Kooperationspartnern aus der JRF, die sich in diesem Themenbereich gemeinschaftlich den zentralen Herausforderungen im urbanen Kontext stellen.

Nutzer und Nutzerinnen sind natürlich die Bürger und Bürgerinnen und die Kommunen, wenn es um die Frage geht: Wie müssen eigentlich kommunale Governancestrukturen aufgestellt sein, um die Stadt der Zukunft zu bauen? Nutzerinnen und Nutzer sind auch die kommunalen Betriebe, die Stadtwerke, Infrastrukturunternehmen und die sozialen Dienste. Hier arbeiten wir im Bereich der Konzeptentwicklung. Wir arbeiten im Rahmen der Reallaborforschung aber auch an handfesten technischen Lösungen, wenn es beispielsweise um die Entwicklung von Brennstoffzellen geht.

(Folie 17 „Beispielprojekt zu ‚Städte & Infrastruktur‘“)

Ich habe einmal ein praktisches Beispiel herausgesucht, um zu zeigen, wie ein Verbundprojekt läuft. Es ist ein im urbanen Kontext angesiedeltes Projekt aus dem Mobilitätsbereich mit der Zielsetzung, die Stadt digitaler und lebenswerter zu machen, und der schönen Abkürzung MoSt RegioKöln. Es geht um eine Mobilstation als intermodale Schnittstelle und den Umweltverbund der Stadtregion Köln. Vereinfacht ausgedrückt zielt es darauf, mit Mobilstationen gegenüber dem motorisierten Individualverkehr attraktiv und wettbewerbsfähig zu sein.

Das ist ein durch das Land Nordrhein-Westfalen gefördertes Projekt in der Kooperation zwischen unterschiedlichen JRF-Instituten und den Projektpartnern. Es werden nicht nur Partner aus der Forschung, sondern auch aus der Praxis eingebunden, weil wir erfahren wollen: Was sind eigentlich die wirklichen Bedarfe von Nutzerinnen und Nutzer? Welche Potenziale stehen hinter solchen Mobilstationen? Wie groß ist die Möglichkeit, eine Verlagerung vom Auto auf den Umweltverbund zu realisieren? Wie müssen Ausstattungselemente für Mobilstationen aussehen, sodass sie auch aufgegriffen werden?

Welche Akteure können solche Stationen aufbauen und betreiben? Last, but not least: Wie kommuniziert man den Mehrwert solcher Mobilstationen, damit der Verlagerungseffekt tatsächlich realisiert werden kann?

Es ist ein Projekt neben vielen weiteren, anhand derer wir ebenfalls hätten zeigen können, wie unterschiedliche Institute zusammenarbeiten, gemeinsam Projekte akquirieren, in die Umsetzung bringen und dann das Gelernte auch transferieren.

(Folie 19 „Zukunftspläne“)

Prof. Dr. Dieter Bathen (Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft): Wir haben einen Strategieprozess gestartet, werden also mit der Landesregierung, mit den JRF-Gremien und unserem Kuratorium beraten, wie wir uns demnächst aufstellen und in welche Richtung wir gehen wollen. Dabei wollen wir auch darüber sprechen, wie wir die JRF positionieren und uns intern weiterentwickeln wollen. Dieser Prozess ist jetzt gestartet. Das wird bis Ende des Jahres klarer werden. In einem Jahr können wir wahrscheinlich Genaueres berichten.

Wenn Sie Kontakt oder Expertise aus den Instituten heraus suchen, kommen Sie gern auf uns zu. Wir sitzen hier im Haus der Wissenschaft. Unser nächster gemeinsamer Termin mit Ihnen wäre ein parlamentarisches Frühstück am 5. Juli 2024. Da machen Ihnen die JRF-Institute BICC und DST das Angebot, über die Risiken und Chancen der Neuen Seidenstraße zu sprechen.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin: Vielen Dank für den interessanten Vortrag.– Gibt es noch Fragen aus dem Ausschuss?

Arndt Klocke (GRÜNE): Glückwunsch zu Ihrem zehnjährigen Jubiläum und zu zehn Jahren erfolgreicher Arbeit. Als Ihr Institut gegründet wurde, hatte ich die Ehre, Vorsitzender im Wissenschaftsausschuss zu sein, war damals jedoch aufgrund eines anderen politischen Termins verhindert. Ich habe jetzt festgestellt, dass der damalige wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karl Schultheis, immer noch Kuratoriumsvorsitzender ist. Schön, dass manche Tradition erhalten bleibt.

Ich habe eine Frage. Wir leben in unglaublich schnellebigen Zeiten mit immer wieder neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Innovationen. Wie gestalten Sie bei der Fülle von Mitgliedsorganisationen und Instituten den internen Prozess, um auf Veränderungen von Sichtweisen, Technologietrends oder -entwicklungen reagieren zu können? Wie schafft man es, einen derart diversen Tanker mit einem solchen Bündel an Themen und Akteuren in Bewegung zu halten, um zeitnah auf die Entwicklung eingehen zu können? Das ist schließlich eine wichtige Voraussetzung dafür, auch die Impulse geben zu können, über die Sie vorhin berichtet haben.

Prof. Dr. Dieter Bathen (Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft): Ganz grundsätzlich ist die JRF insofern kein Tanker, als es sich jeweils um wirtschaftlich, juristisch und wissenschaftlich selbstständige Institute handelt, die dann diesen Verein tragen. Die agieren alle eher wie mittelständische Unternehmen, also sehr flexibel. Sie werden nicht aus einer Zentrale heraus gesteuert.

Wir tauschen uns in diesem Kreis vielmehr regelmäßig aus und nehmen die Impulse auf. Wir setzen uns regelmäßig in Leitthementreffen zusammen und diskutieren die Dinge. Zudem verfügen wir in der Geschäftsstelle über eine halbe Stelle für Forschungscoordination. Wir screenen die Wissenschaftslandschaft permanent, und zwar nicht nur – im Sinne einer Beutegemeinschaft – nach Forschungsförderungsprojekten, sondern auch nach Trends, also: Worum geht es eigentlich? Wir nehmen auch Impulse aus den Zielgruppen auf. Daher sind wir mit eher kurzen Reaktionszeiten unterwegs.

Prof. Dr. Manfred Fishedick (Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft): Ich will kurz ergänzen. Auch die einzelnen Institute machen einen solchen systematischen Technology-Forecast. Sie schauen in die Zukunft, um zu sehen, was sich da am Technologiehorizont entwickelt. Sie nehmen dabei eine multikriterielle Bewertung vor. Unter unterschiedlichen Gesichtspunkten betrachtet kann und sollte vielleicht auch nicht jede Technologie eingesetzt werden. Bei den Leitthemengesprächen besprechen wir das miteinander und trennen so ein wenig die Spreu vom Weizen.

Wir machen aber auch das Umgekehrte: Wir schauen uns die Transformationsherausforderungen an, arbeiten dabei mit Szenarien zu Zukunftsfragen und spiegeln das dann an den Technologien, die schon vorhanden oder am Horizont erkennbar sind. Das versetzt uns in die Lage, technologische Lücken zu identifizieren, die dann auch wieder Teil der Forschungslandschaft werden könnten und auch werden sollten.

Tom Brüntrup (CDU): Ich komme aus Bielefeld und habe eine lokalpatriotische Frage. Sie haben vorhin Ihre Institute dargestellt. Standorte in Bielefeld, Ostwestfalen bzw. Westfalen insgesamt sind dort nicht vertreten. Sie haben vorhin auch die Zukunftsstrategie angesprochen. Gibt es irgendwelche Planungen?

Welche Entwicklungen sehen Sie auch mit Blick auf Ihre Institute landesweit? Sie sagten ja auch, es bestehe noch Potenzial in einzelnen Themenbereichen, beispielsweise in dem der Gesundheit, noch mehr zu machen. Haben Sie noch ein paar handfeste Beispiele dafür, was da in Zukunft noch ansteht, auch wenn uns allen bekannt ist, wie die Haushaltslage aussieht?

Prof. Dr. Dieter Bathen (Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft): Sie sprechen mir als Westfale aus dem Herzen. Es ist richtig, dass unser östlichstes Institut derzeit in Dortmund beheimatet ist. Da gibt es natürlich sehr viel mehr und auch sehr viel gute Forschung. Wir sind unter anderem im Gespräch mit den Rektoraten von drei westfälischen Universitäten.

Ein sehr konkretes Feld tut sich an der Universität Bielefeld auf. Dort gibt es ein Institut, das zwischen der neugegründeten Medizinischen und der Pflegewissenschaftlichen Fakultät aufgestellt ist. Das wird bereits institutionell gefördert. Wir befinden uns in intensiven Gesprächen. Das kann man schon sagen. Wir sprechen auch mit anderen Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in Ostwestfalen. Es ist uns ein Anliegen, uns in diese Richtung zu erweitern.

Dr. Bastian Hartmann (SPD): Herr Bathen, Herr Fishedick, vielen Dank, dass Sie uns Ihre Forschungsgemeinschaft vorstellen. Ich bin mit dieser einigermaßen vertraut und habe daher keine Verständnisfrage. Ich will Sie im Namen der SPD-Fraktion im Wissenschaftsausschuss zu einer Expansionsoffenheit – nicht im imperialistischen, sondern im positiven Sinne – ermutigen, und zwar in Hinsicht auf die Themen und die regionale Verteilung. Sie haben das auch auf dem Schirm. Das tut der JRF und den anderen Instituten sehr gut, da offen zu bleiben.

Wir haben neulich in der Kuratoriumssitzung darüber gesprochen, wie es in Zukunft weitergeht. Das ist die Gretchenfrage, die ein Stück weit das impliziert, was auch mit der Frage nach dem Tanker angesprochen wurde. Sie sind eine der zentralen Stellen für eine Forschungsstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen. Mit dieser großen Formulierung ist auch eine große Erwartung verbunden. Es stellt sich die Frage: Was macht die Forschungsgemeinschaft aus? Worin besteht der Zusatzbenefit, der über das einzelne Institut hinausgeht?

Es hat mich gefreut, dass Sie bereits einige Punkte genannt haben, unter anderem die Interessenvertretung und den Transfer. Meines Erachtens besteht die Aufgabe darin, in dieser Hinsicht mehr zu hinterlegen, die Institute noch einmal anders einzubinden und auch eine Arbeitsteilung hinzubekommen, und zwar zwischen dem, was Sie als Gemeinschaft und was die einzelnen Institute machen können. Da kommt von mir viel Bestätigung und Rückenwind.

Die Ministerin nimmt den Rückenwind aus dem erwähnten „Hebel der Finanzierung“ sicherlich auch in die Finanzierungsgespräche in den Ressorts mit.

Prof. Dr. Dieter Bathen (Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft): Ich möchte noch einen Fokus auf etwas setzen, das aus Sicht der Institute wichtig ist. Das ging so ein bisschen unter. Zum einen ist dieses Evaluierungsverfahren sehr wichtig, weil es zeigt, dass wir im wissenschaftlichen Kontext satisfaktionsfähig sind. Das Verfahren ist komplett extern organisiert und wird dankenswerterweise vom MKW finanziert.

Zudem werden zunehmend Anforderungen von außen an die Institute herangetragen, die diese alleine nicht mehr bewältigen können. Zurzeit konstituieren wir eine Ethikkommission. Forschungsförderer fragen zunehmend: Wie ist der ethische Impact Ihrer Forschung? Tauchen da Probleme auf? – Das können die Institute nicht einzeln regeln.

Zu den neuen Anforderungen gehören unter anderem auch der Gender-Equality-Plan und das Whistle-Blower-Schutzgesetz. Dabei macht der Austausch sehr viel Sinn, weil diese Institute sich organisatorisch ähneln und vor ähnlichen Problemen stehen. Das auf der Ebene der Forschungsgemeinschaft zu bündeln, bringt sehr viel Effizienz in diese Verwaltungsstrukturen hinein.

Diese Geschäftsführungstreffen, bei denen sich die Leute auf sehr kurzem Wege austauschen, werden als sehr effizient wahrgenommen, weil man immer sehr schnell an wichtige Informationen kommt. Dies ist ein weiterer Benefit, der heute bisher noch nicht im Fokus stand.

3 Entwurf der Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes im Bereich des sozialen Wohnungsbaus 2024 (VV Sozialer Wohnungsbau 2024)

In Verbindung mit:

Entwurf der Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes für studentisches Wohnen und das Wohnen für Auszubildende als Teilbereich des sozialen Wohnungsbaus 2024 (VV Junges Wohnen 2024)

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 18/8354
Vorlage 18/2299

Dr. Bastian Hartmann (SPD) begrüßt, dass mit der VV Junges Wohnen rund 1,5 Millionen Euro nach Nordrhein-Westfalen kämen. Die Ampel zeige sich von ihrer besten Seite. Ihn interessiere, wie die Landesregierung diese Mittel konkret einzusetzen plane und inwiefern diese auch den Studierendenwerken und über deren Wohnheime dem studentischen Wohnen zugutekämen.

RD Leander Creusen (MHKBD) erläutert, die 1,5 Millionen Euro würden 2024 zur Verfügung gestellt und fließen komplett in das Wohnraumförderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen 2023–2027 mit einer Gesamthöhe von 9 Milliarden Euro ein. 2024 würden davon 1,7 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Die über die VV Junges Wohnen bereitgestellten Mittel fließen dort ein und könnten vollständig bewilligt werden, auch für Studierendenwerke.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) fragt nach, ob diese Mittel nur für studentisches Wohnen eingesetzt werden könnten oder allen potenziellen Adressaten des Wohnraumförderprogramms offenständen.

RD Leander Creusen (MHKBD) stellt klar, diese Mittel ständen nur für das studentische Wohnen zur Verfügung.

Der Ausschuss nimmt die Entwürfe der Verwaltungsvereinbarungen zur Kenntnis.

4 **PISA, IGLU, IQB – Was bedeuten die aktuellen Bildungsstudien für die Hochschullandschaft in NRW?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2344

Dr. Bastian Hartmann (SPD) zufolge weist der Bericht zu Recht auf zusätzliche Belastungen für Schülerinnen und Schüler durch die aktuelle Krisensituation hin. Allerdings endeten diese Belastungen nicht automatisch mit Antritt des Studiums. Insofern unterstreiche der Bericht die Bedeutung der Forderung seiner Fraktion, die psychosoziale Beratung bei den Studierendenwerken zu erhalten.

In den jüngsten Haushaltsberatungen sei es nicht gelungen, die Förderung dieses Beratungsangebotes zu stabilisieren. Dort sei eine Lücke gerissen worden. Er würde gern erfahren, ob die Landesregierung die psychosoziale Beratung für Studierende noch einmal angehen wolle.

Zudem interessiere ihn, inwiefern die vielen im Bericht erwähnten Maßnahmen evaluiert und möglicherweise nach einer Erfolgsquote differenziert würden.

Angesichts der aktuellen Haushaltslage bleibe der Landesregierung kein Spielraum, die psychosoziale Beratung für Studierende auszuweiten, so **Ministerin Ina Brandes (MKW)**. Allerdings spreche sie mit den Studierendenwerken über die Ursachen der von den Studierenden empfundenen Belastungen. In diesem Zusammenhang spiele eine ganze Reihe von Faktoren eine Rolle. Ausweislich der übermittelten Zahlen stellten finanzielle Sorgen für den Großteil der Studierenden jedoch die Hauptbelastung dar.

Darum setze sich die Landesregierung im Rahmen der BAföG-Reform der Bundesregierung sehr dafür ein, die BAföG-Sätze anzuheben. Derzeit laufe das Verfahren im Bundesrat. Ihrem Verständnis nach sollte Politik zunächst versuchen, die Ursachen zu bekämpfen und psychosoziale Belastungen zu verhindern, statt dagegen erst anzugehen, wenn sie bereits eingetreten seien.

Die Landesregierung ergreife eine Reihe von Maßnahmen für einen erfolgreichen Übergang von der Schule ins Studium. Sie habe in diesem Zusammenhang im vergangenen Jahr das Talentscouting ausgeweitet und plane, dies auch weiterhin zu tun. Diese Initiative werde regelmäßig evaluiert. Dabei zeige sich, dass sie den biographischen Bildungserfolg gerade von jungen Menschen mit Migrationshintergrund oder auch aus Nichtakademikerhaushalten deutlich verbessere.

Die zahlreichen Maßnahmen, die derzeit an den Hochschulen begonnen würden bzw. begonnen worden seien, um die Studierfähigkeit sicherzustellen, wie das sogenannte nullte Semester oder Orientierungsstudiengänge wirkten noch nicht lange genug, um beurteilen zu können, ob sie die erhofften Resultate brächten. Dies werde jedoch eng begleitet, weil die Landesregierung sich verpflichtet fühle, den jungen Menschen gerade in dieser Übergangszeit zu helfen.

Dilek Engin (SPD) begrüßt den angekündigten Ausbau des Talentscoutings. Dennoch bleibe die Reichweite dieses Projekt begrenzt, auch weil es an Personal fehle. Daher würde sie gern erfahren, ob vorgesehen sei, den Schulen mehr Personal zur Verfügung zu stellen, damit noch mehr Schülerinnen und Schüler an dem Programm teilnehmen könnten.

Bezüglich der im Bericht erwähnten Ausweitung der Zentralen Studienberatung hätte sie gern mehr Informationen dazu, wie dies an den Schulen umgesetzt werden solle.

Ministerin Ina Brandes (MKW) erläutert, bei dem Programm „Talentscouting“ werde ausschließlich zusätzliches Personal gefördert. Die Hochschulen könnten Talentscouts einstellen, die zunächst zentral geschult würden, um einen einheitlichen Standard zu gewährleisten, und anschließend an die Schulen gingen.

Es gebe bereits jetzt etwas über 100 Talentscouts, die durchgängig 30.000 Schülerinnen und Schüler betreuten. Bis zum Ende dieser Legislaturperiode solle das Programm ausgeweitet werden, dass in allen Berufskollegs und Gymnasien Talentscouts zur Verfügung ständen, um die interessierten bzw. von den Lehrkräften vorgeschlagenen Schülerinnen und Schüler zu begleiten.

Die zentralen Studienberatungsstellen verbesserten gemeinsam mit den Schulen fortlaufend ihr Beratungsangebot. Dies stelle schon aufgrund der Vielfalt des Studienangebots eine Herausforderung dar. In Deutschland gebe es mehrere tausend Studiengänge, die teilweise durch die Umstellung auf Bachelor und Master auch nicht mehr die allerübersichtlichsten Namen trügen. Daher werde es wie schon in den vergangenen Jahren weiterhin immer anspruchsvoller werden, junge Menschen zum richtigen Angebot zu begleiten.

Derzeit kümmere sich die Landesregierung darum, die Ansprache zielgruppengerechter zu gestalten und stärker auch digitale Angebote dafür zu nutzen.

Dilek Engin (SPD) fragt, inwieweit das Ministerium für Kultur und Wissenschaft mit dem Ministerium für Schule und Bildung zusammenarbeite.

Ministerin Ina Brandes (MKW) erläutert, aufgrund der übergreifenden Zuständigkeit der Ministerien arbeiteten diese auf Fachebene laufend zusammen.

5 Nutzen wir die Potentiale ausländischer Fachkräfte bei der Überwindung des Lehrkräftemangels ausreichend? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2346

Dilek Engin (SPD) verweist auf die vielen im Bericht genannten Maßnahmen und die vielen an der Ausbildung ausländischer Lehrkräfte beteiligten Stiftungen. Viele Projekte liefen seit 2017. Mittlerweile seien viele Menschen nach Nordrhein-Westfalen gekommen, die nach einer gewissen Ausbildungszeit in den Schulen unterrichten könnten. Es komme dabei zu laut Ministerium nicht nachvollziehbaren Mehrfachbewerbungen. Daher frage sie, ob es nicht sinnvoller wäre, die Angebote und auch die Bewerbungen zentral zu bündeln, um einen Überblick zu erhalten.

Viele ausländische Menschen, die befähigt werden könnten, an den Schulen zu unterrichten, wüssten zudem nicht, an wen sie sich wenden sollten, und der großen Nachfrage nach entsprechenden Programmplätzen stehe ein zu geringes Angebot gegenüber. Dem Bericht zufolge sei keine Erweiterung der Kapazitäten geplant. Sie würde gern erfahren, warum nicht.

Bei dem ILF-Programm würden die Lehrkräfte laut dem Bericht zwei Jahre lang begleitet. Wenn sich eine Lehrkraft aber bewerbe, bestehe die Möglichkeit, dass sie vorzeitig im Regelunterricht eingesetzt werde. Sie interessiere der Anteil der Lehrkräfte, die es nicht schafften, im Schulsystem zu arbeiten, sowie die Gründe dafür.

Ministerin Ina Brandes (MKW) verweist bezüglich der Nichtnachvollziehbarkeit der Mehrfachbewerbungen auf den Datenschutz. Die fünf Standorte dürften die Daten nicht austauschen. Daran werde sich auch nichts ändern, weil das Angebot weiterhin in allen Landesteilen vorgehalten werden solle.

Diese Schwierigkeit ergebe sich bei fast jeder Studienstatistik. Mehrfachbewerbungen an Universitäten und Hochschulwechsel könnten nur schwer nachvollzogen werden. Wer ein Studium abbreche, gelte an dem jeweiligen Standort als Abgänger ohne Abschluss, weil unbekannt bleibe, ob diese Person andernorts weiterstudiere oder nicht. Dies erschwere nicht nur die Auswertung statistischer Daten, sondern verringere auch die Möglichkeit, daraus politische Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die Anzahl der Plätze hänge tatsächlich vom Programm ILF des MSB ab. Warum in dem Programm keine Ausweitung geplant sei, müsse sie daher beim MSB erfragen.

Dilek Engin (SPD) merkt an, sie habe dieselbe Frage bereits im Schulausschuss gestellt. Dort habe es geheißen, die Zuständigkeit liege beim MKW.

Ministerin Ina Brandes (MKW) sichert zu, dies zu klären.

6 Wie steht es um die Vertretungen für studentische Hilfskräfte an den nordrhein-westfälischen Hochschulen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2345 (Neudruck)

Dr. Bastian Hartmann (SPD) bedankt sich für die hilfreiche Übersicht und begrüßt, dass beinahe alle Hochschulen über einen Beauftragten oder eine Beauftragte für studentische Hilfskräfte verfügten.

In ihrem Bericht verweise die Landesregierung richtigerweise darauf, dass die Einrichtung einer solchen Stelle zur Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte derzeit in den Bereich der Hochschulautonomie falle. Den Ausführungen der Landesregierung zur HG-Novelle zufolge solle deren Einführung nun wieder verpflichtend werden. Er begrüße dies, wünsche sich jedoch eine weitere Konkretisierung der Ausgestaltung und Erläuterungen dazu, welche Gelingensfaktoren an den Hochschulen gestärkt werden könnten, um eine adäquate Vertretung zu gewährleisten.

Ministerin Ina Brandes (MKW) bestätigt, der Großteil der Hochschulen habe bereits eine entsprechende Stelle eingerichtet, wenngleich mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen bzw. unterschiedlicher Ausstattung. Im Rahmen der Vorbereitung der gerade im Kabinett behandelten Eckpunkte für die HG-Novelle habe die Landesregierung überlegt, dass diese Stellen gleichförmiger ausgestaltet werden sollten. Diese Idee sei jedoch noch nicht weit genug gediehen, um sie dem Ausschuss vorzustellen. Sie sichere zu, Details nachzuliefern, sobald der Referentenentwurf vorliege.

7 Die Situation im BAföG-Amt ist katastrophal – Wie wird die Landesregierung die Studierendenwerke bei den Herausforderungen unterstützen?
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2447

Dr. Bastian Hartmann (SPD) betont, er halte die Situation in den BAföG-Ämtern für besorgniserregend. Die Ministerin habe unter TOP 4 zu Recht auf die Bedeutung der finanziellen Lage der Studierenden mit Blick auf ihre psychosoziale Situation hingewiesen. Vor diesem Hintergrund halte er die Wartezeiten bei den BAföG-Bewilligungen für einen Teil des Problems. Er begrüße, dass die Studierenden Alarm geschlagen hätten und auch Maßnahmen ergriffen worden seien.

Aus Sicht der SPD-Fraktion könne die Situation in den BAföG-Ämtern nicht losgelöst von der generellen Frage der Ausstattung der Verwaltungskosten für die BAföG-Anträge betrachtet werden. Seines Wissens bemühten sich das Ministerium und die Studierendenwerke derzeit um eine Harmonisierung. Diesbezüglich interessiere ihn der aktuelle Stand.

Zudem habe die Ministerin angekündigt, sich auch in die BAföG-Gesetzgebung des Bundes einzubringen. Er würde gern erfahren, was genau sie dort insbesondere bezüglich der langen Wartezeiten unterbringen wolle.

Die Ministerin verweise darauf, dass die Digitalisierung den BAföG-Bewilligungsprozess bisher nicht wesentlich beschleunigt habe. Nach Informationen der SPD-Fraktion sei das Verfahren jedoch noch keineswegs durchdigitalisiert. Der Antrag könne zwar online eingereicht werden, werde dann aber im Amt ausgedruckt und nachlaufend erneut digitalisiert. Dies trage sicherlich nicht zur Beschleunigung bei.

Er halte es für nicht hinnehmbar, dass es so lange dauere, bis ein in seiner Komplexität einigermaßen überschaubarer Verwaltungsprozess digitalisiert sei. Auch diesbezüglich interessiere ihn der aktuelle Stand.

Ministerin Ina Brandes (MKW) erläutert, es habe eine besondere Situation im BAföG-Amt Aachen gegeben. Ihrer Wahrnehmung nach sei die Problematik inzwischen jedoch auch durch ministeriumsseitige Interventionen und Gespräche gelöst worden. Dennoch gelte es, für sämtliche Studierendenwerke Klarheit darüber herzustellen, wie die Kostenerstattung erfolge.

In den Gesprächen mit den Studierendenwerke gehe es derzeit darum, transparente und einheitliche Kostenaufstellungen aus allen BAföG-Ämtern zu erhalten, um diese dann auch auf der Grundlage eines entsprechenden Gutachtens auskömmlich ausstatten zu können.

Bei der BAföG-Reform wolle sie drei wesentliche Aspekte angehen: „Wer ist überhaupt BAföG-berechtigt? Wie hoch ist das BAföG individuell? Wie hoch ist insbesondere

auch der Anteil, der fürs Wohnen zur Verfügung steht? Wie komplex ist eigentlich die Antragstellung fürs BAföG?“ Die Landesregierung halte alle diese Punkte für reformbedürftig.

Die BAföG-Sätze müssten angehoben werden. Zudem halte sie auch den Verwaltungsaufwand bei der Beantragung für teilweise skurril. Bezüglich des Elterneinkommens würden in der Verordnung 46 unterschiedliche Einkommen aufgelistet, die in 23 Kategorien aufgeteilt und teilweise unter Verweis auf andere Sozialgesetzgebungswerke mit jeweils eigenen Beschränkungen versehen seien. Einen Antrag auszufüllen, grenze damit an eine Wissenschaft.

Ähnlich sehe es bei den einzureichenden Unterlagen aus. Diese Regelungen sorgten auch dafür, dass weit über 90 % der Anträge unvollständig eingereicht würden. Dies verlängere die Bearbeitungsdauer unnötig, weil die Antragsteller eben häufig weitere Unterlagen besorgen und nachreichen müssten. Sie halte eine Vereinfachung für dringend geboten und auch den Zustand der Digitalisierung im BAföG-Bereich für nicht ausreichend. Ihr Ministerium befinde sich in Gesprächen mit dem für die Digitalisierung des Verfahrens zuständige MHKBD, um eine Beschleunigung zu erreichen.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) merkt an, die Angaben zum Elterneinkommen würden in dem Moment obsolet, in dem das BAföG elternunabhängig gezahlt würde. Insofern rege er an, die Ministerin möge sich für dieses von der SPD-Fraktion unterstützte Vorhaben einsetzen.

Zudem würde er gern erfahren, wann mit einem Ergebnis bezüglich der Kostenerstattung gerechnet werden könne.

Bezüglich der Digitalisierung erinnere er sich an Vorstöße einzelner Bundesländer, eigene Lösungen für ein digitales BAföG-Bewilligungsverfahren umzusetzen und auch eine Bundeslösung anzubieten. Er frage sich, ob diese Vorhaben zum Erliegen gekommen seien.

Ministerin Ina Brandes (MKW) informiert, sie strebe eine Regelung des Problems der Kostenerstattungen bis spätestens Ende 2024 an. Der Prozess gestalte sich deswegen kompliziert, weil die Studierendenwerke durchaus unterschiedliche Positionen dazu verträten, wie die Erstattungen erfolgen sollten. Dies liege unter anderem an unterschiedlichen Voraussetzungen in den einzelnen Ämtern, je nachdem wie viele Anträge dort eingingen oder über wie viele qualifizierte und erfahrene Mitarbeiter sie verfügten.

Die Landesregierung habe sich bewusst gegen die Loslösung des BAföG-Prozesses aus dem nordrhein-westfälischen Zusammenhang und für die Integration in ein landeseinheitliches Digitalisierungsprogramm entschieden. Mit Blick auf die Bearbeitungseffizienz halte sie dies auch für vernünftig, es müsse nur schneller gehen.

8 Verschiedenes

a) **Neue Masterplanung für den Hochschulbau in Nordrhein-Westfalen** (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin informiert, die Ministerin werde den Ausschuss unter „Verschiedenes“ über die Masterplanung für den Hochschulbau“ sowie über die Eckpunkte zu einem Gesetz betreffend der Stärkung der Hochschullandschaft und die Umsetzung des Antrags 18/6843 „Jüdische und israelische Studierende sowie die Hochschulen vor dem Hintergrund des Kriegs im Nahen Osten besser unterstützen“ unterrichten.

Ministerin Ina Brandes (MKW) erläutert die aus ihrer Sicht „merkwürdige“ Situation, dass einige für die Arbeit des Ausschusses wichtige Themen unter „Verschiedenes“ behandelt würden. Die Landesregierung sei frühzeitig darauf hingewiesen worden, dass die Tagesordnung der heutigen Sitzung kurz zu halten sei. Weil ihr die eben genannten Themen jedoch als sehr wichtig erschienen, habe sie darum gebeten, den jeweiligen Sachstand unter „Verschiedenes“ zumindest kurz vorstellen zu können.

Leider sei die Abgeordnete Angela Freimuth von der FDP-Fraktion, auf deren Initiative die Idee zurückgehe, das Thema „Masterplanung für den Hochschulbau“ ausführlich im Ausschuss zu behandeln, verhindert. Daher schlage sie vor, diesen Punkt erst in einer späteren Sitzung aufzurufen.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) merkt an, er halte es ohnehin für unglücklich, so wesentliche Themen der Wissenschaftspolitik unter „Verschiedenes“ aufzurufen. Außenstehende könnten beim Blick auf die Tagesordnung nämlich nicht erkennen, worum es unter diesem Punkt gehe, und hätten damit nicht die Chance, der Diskussion bei Interesse beizuwohnen.

Er würde über derlei Dinge gerne im Rahmen ordentlicher Tagesordnungspunkte und mit einer schriftlichen Vorlage vorab informiert werden, zumal die Ministerin bereits am Vortag eine Pressemitteilung zu dem Masterplan veröffentlicht habe.

Ministerin Ina Brandes (MKW) signalisiert ihr Einverständnis.

Raphael Tigges (CDU) verweist darauf, dass es hier zunächst um den Einstieg in den Prozess der neuen Masterplanung für den Hochschulbau in Nordrhein-Westfalen gehe, der aber über die gesamte Dauer parlamentarisch begleitet werde. Die Landesregierung habe richtigerweise den Wunsch der regierungstragenden Fraktionen aufgegriffen, zu schlankeren Prozessen zu kommen.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin bittet um Verständnis für das außergewöhnliche Vorgehen, inhaltliche Punkte unter „Verschiedenes“ aufzurufen. Dies sei allein der

Tatsache geschuldet, dass der Ausschuss heute auswärts tage und die Sitzungsdauer deswegen begrenzt sei.

Ministerin Ina Brandes (MKW) bedankt sich für das signalisierte Verständnis und stellt klar, dass sie, wenn sie einen ordentlichen Bericht hätte anmelden können, selbstverständlich auch eine schriftliche Vorlage zur Verfügung gestellt hätte. Diese werde sie für die kommende Sitzung vorbereiten.

Der Ausschuss kommt überein, den TOP 8 a) „Neue Masterplanung für den Hochschulbau in Nordrhein-Westfalen“ in der kommenden Sitzung als ordentlichen Tagesordnungspunkt aufzurufen.

b) Vorstellung der Eckpunkte zu einem Gesetz betreffend die Stärkung der Hochschullandschaft (Hochschulstärkungsgesetz). (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)

Ministerin Ina Brandes (MKW) berichtet:

Ich würde gerne kurz unsere neuen Abteilungsleiter 2, Herrn Professor Goebel, vorstellen. Er ist für die Strategien der Hochschulen, Hochschulmedizin und Recht zuständig und seit 2008 Leitender Ministerialrat und Gruppenleiter 32. Damit leitet er die Gruppe, die sich um Hochschulrecht, Rechtsentwicklung, innovative Bereiche und Hochschulzugang kümmert.

Er ist sozusagen der Vater unseres Hochschulgesetzes und wird das auch bleiben. Bei ihm liegt auch jetzt die Federführung für die Erarbeitung der Novelle des Hochschulgesetzes. Wir freuen uns sehr darüber, dass er mit seiner unfassbar großen Erfahrung und Kompetenz auch als Abteilungsleiter weiterhin Verantwortung für diesen Bereich hat.

Damit komme ich zu den Eckpunkten der HG-Novelle. Ich habe schon mehrfach über den aktuellen Stand berichtet. Das Landeskabinett hat in der vergangenen Woche die Eckpunkte des Hochschulstärkungsgesetzes beschlossen, die Ihnen auch direkt im Anschluss zugegangen sind.

Es wird Sie nicht wundern, dass die Schwerpunkte, die ich Ende September 2023 genannt habe, auch weiterhin Bestand haben. Wir beschäftigen uns also zunächst einmal mit der Fachkräftesicherung. Wir alle wissen, dass der Fachkräftemangel eine der zentralen Herausforderungen unserer Gesellschaft ist. Deswegen wollen wir mit dem Hochschulstärkungsgesetz aus der Wissenschaftspolitik heraus einen Beitrag zum Kampf dagegen leisten. Unsere Hochschulen bilden nun einmal die akademischen Fachkräfte der Zukunft aus.

Es geht dabei vor allen Dingen darum, die Attraktivität des Studiums in Nordrhein-Westfalen weiter zu erhöhen. Damit komme ich zu einem der Punkte, die wir vorhin besprochen haben. Wir wollen nämlich die Rahmenbedingungen für Studierende vor

der Aufnahme eines Studiums und in der Orientierungsphase verbessern, die bestehenden Regelungen fortentwickeln und präzisieren.

Studierenden oder am Studium Interessierten soll es noch leichter gemacht werden, in einzelne Fächer oder Studienschwerpunkte vorab hineinzuschnuppern, Vorlesungen zu besuchen oder Prüfungen abzulegen, ohne sich auf ein Studium festzulegen, von dem sie noch gar nicht sicher sein können, ob es das richtige ist. Das ist nämlich unseres Wissens eine entscheidende Ursache für Abbruchquoten gerade in den MINT-Fächern.

Ebenfalls wichtig werden wird das Thema der akademischen Weiterbildung, die wir reformieren wollen, weil wir es noch viel stärker als in der Vergangenheit als eine Aufgabe der Hochschulen ansehen, ein Ort des lebenslangen Lernens zu werden und viel stärker als bisher berufsbegleitendes Studium und Weiterbildung anzubieten. Darüber beraten wir derzeit sehr intensiv, auch in Bezug auf Themen, die mit künstlicher Intelligenz zu tun haben.

In der Wirtschaft und insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen besteht ein enormes Bedürfnis nach akademischer Weiterbildung zu Themen der künstlichen Intelligenz, weil die technische Entwicklung so schnell vorschreitet, dass dies mit der innerbetrieblichen Fort- und Weiterbildung nicht aufzufangen ist. Wir müssen auch aus der Wissenschaft- und Forschungsstärke unserer Hochschulen heraus breitere Angebote machen, damit wir im Bereich der künstlichen Intelligenz dauerhaft mithalten können.

Ein weiterer Punkt ist das Thema „Sicherer Hochschulraum“. Auch dazu habe ich schon beigetragen. Wir wollen mit der Novelle einen Beitrag dazu leisten, dass wissenschaftliches Arbeiten in einem sicheren Umfeld stattfinden kann.

Ein erfolgreiches Studium ist bekanntlich nur möglich, wenn sich alle Mitglieder unserer Hochschulen sicher und aufgehoben fühlen. Unser Ziel als Landesregierung ist es, Machtmissbrauch in Zukunft so weit wie möglich auszuschließen. Deswegen unterstützen wir mit der HG-Novelle die Hochschulen bei ihren Bemühungen um einen sicheren Hochschulcampus, etwa durch Regelungen zur Erstellung eines Konzeptes zum Schutz ihrer Mitglieder und Angehörigen.

Darauf aufbauend können die Hochschulen Verhaltensregeln für ihre Mitglieder und Angehörigen zum Schutz ihrer personalen Rechte aufstellen und diese auch mit Sanktionen versehen. Darüber hinaus wollen wir gesetzlich unterstreichen, dass Hochschulen weisungsunabhängige Ansprechpersonen für Fälle von sexueller Belästigung und Diskriminierung einrichten können.

Ich will bei diesem Thema nicht zu sehr ins Detail gehen, weil wir das im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens noch intensiv beraten werden. Für mich ist dabei der wesentliche Punkt, dass Verhaltensregeln aufgestellt werden können und deren Nichteinhaltung mit Sanktionen belegt werden kann. Das ist etwas, was es aktuell in Deutschland nirgendwo gibt.

Wenn wir diese Regelungen so umsetzen, wie wir sie Moment konzipiert haben, dann ist Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit den mit Abstand klarsten Rahmen-

bedingungen gegen Machtmissbrauch an Hochschulen. Das ist mir persönlich sehr wichtig, und es wird meines Erachtens auch den Ruf unserer Hochschulen in Nordrhein-Westfalen weiter verbessern.

Wir wollen uns auch mit dem Thema der Beteiligung der Studierenden an der Selbstverwaltung der Hochschulen beschäftigen. Diese werden wir attraktiver gestalten. Wir wollen auch die Verwaltung von Hochschulen weiter verbessern. Im Rahmen der Governance wollen wir eine Amtszeitbegrenzung bei den Hochschulräten einführen, um da auch dafür zu sorgen, dass wir in einem guten Rahmen zusammenarbeiten können.

Es gibt insgesamt 60 Eckpunkte. Ich habe jetzt das herausgegriffen, was wir als Schwerpunkte betrachten. Auf der Grundlage der vom Kabinett beschlossenen Eckpunkte wird derzeit an einem Referentenentwurf gearbeitet. Sobald dieser fertiggestellt ist, werden wir ihn dem Ausschuss zur Kenntnis bringen und dann in eine breite Anhörung geben. Wenn es zwischendurch Anlass dazu gibt, werde ich Sie darüber auf dem Laufenden halten.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) kritisiert, dass er die Eckpunkte nicht zuerst vom Ministerium erhalten habe. Er hätte es vorgezogen, wenn die Parlamentarier vor den Interessenverbänden informiert worden wären. Grundsätzlich habe er sich aber über den Erhalt der Eckpunkte gefreut und würde zudem gern erfahren, wann der Ausschuss mit dem Referentenentwurf rechnen könne.

Ministerin Ina Brandes (MKW) merkt an, auch sie finde es befremdlich, dass die Eckpunkte nicht zuerst vom Ministerium an die Abgeordneten herangetragen worden seien. Selbstverständlich habe niemand die Papiere mit der Intention zur Verfügung gestellt bekommen, dass diese weitergegeben würden.

Wie es auch schon in der Vergangenheit gemacht worden sei, habe das Ministerium sich vorab mit den Vertretern einzelner Interessengruppen abgestimmt, um sicherzustellen, dass ein grundsätzliches Einvernehmen über das Vorgehen insbesondere beim Thema „Machtmissbrauch“ bestehe. Dieses betreffe alle Interessengruppen an den Hochschulen direkt. Die Landesregierung habe ein Interesse daran gehabt, dies im Vorhinein so abzustimmen, dass die Akteure nicht überrascht würden, wenn sie die Eckpunkte das erste Mal zu Gesicht bekämen.

Es gehe darum, den Betroffenen das Gefühl zu geben, dass diese Regelung in einem breiten partizipatorischen Prozess erarbeitet werde. Grundlage dafür wäre natürlich die Vertraulichkeit gewesen.

LMR Prof. Dr. Joachim Goebel (MKW) verweist darauf, dass es sich gerade bei den geplanten Regelungen zum Machtmissbrauch um ein sehr komplexes Vorhaben handle. Zudem gehe es um in der bundesrepublikanischen Rechtsgeschichte vollkommen neue Regelungen. Diese müssten daher mit einer besonderen Sorgfalt angegangen werden. Das Ministerium habe dazu zwei Gutachten eingeholt, um sich abzuschern. Er rechne damit, im Herbst einen Referentenentwurf vorlegen zu können.

c) Fusion der Hochschule für Gesundheit und der Hochschule Bochum

Dr. Bastian Hartmann (SPD) fragt nach dem Stand des geplanten Gesetzes über die Fusion der Hochschule für Gesundheit und der Hochschule Bochum. Eine entsprechende Vorlage habe seine Fraktion gemäß der Parlamentsinformationsvereinbarung erhalten, diese befinde sich jedoch noch nicht in einem formalen Beratungsverfahren.

Er habe damit gerechnet, dass der Entwurf im April 2024 ins Plenum eingebracht würde. Dies wäre seiner Rechnung nach auch erforderlich gewesen, um ein Inkrafttreten des Gesetzes zum 01.10.2024 unter Einhaltung des üblichen parlamentarischen Beratungsverfahrens zu ermöglichen.

Nun liege der Gesetzentwurf noch nicht vor, und die nächste Ausschusssitzung sei erst für den Juni 2024 geplant. Eine möglicherweise gewünschte Anhörung könne damit vor der Sommerpause kaum noch durchgeführt werden. Die nächste Sitzung sei dann für den September 2014 vorgesehen. Daher würde ihn interessieren, wie das Ministerium sicherstellen wolle, dass weder das Inkrafttreten noch die parlamentarischen Prozesse gefährdet würden.

LMR Prof. Dr. Joachim Goebel (MKW) erläutert, dass der Referentenentwurf sich derzeit noch in der Anhörung befinde und daher noch kein Gesetzentwurf vorliege. Der Entwurf werde dem Parlament voraussichtlich rechtzeitig zur ersten Lesung am 03., 04. oder 05.07.2024 zugeleitet. Es solle nicht zum Ende dieses Jahres in Kraft treten. Dafür halte auch er die verbleibende Zeit für zu knapp bemessen.

gez. Prof. Dr. Daniel Zerbin
Vorsitzender

6 Anlagen

13.05.2024/17.05.2024



25. SITZUNG DES WISSENSCHAFTSAUSSCHUSSES

Prof. Dr. Jürgen Hammerstaedt
Vizepräsident und Sekretar der Klasse für Geisteswissenschaften
Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste

Prof. Dr. Birgitta Wolff
Beiratsvorsitzende Humboldtⁿ
Universität NRW - Landesrektorenkonferenz der Universitäten



NORDRHEIN-WESTFÄLISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN UND DER KÜNSTE

Ort der Exzellenz. Raum für Dialog.





DAS AKADEMIEN- PROGRAMM

- ... stellt die Sicherung und Wahrung des kulturellen Erbes in den Mittelpunkt
- ... verbindet Tradition mit Zukunft
- ... ermöglicht Grundlagenforschung mit langem Atem
- ... macht exklusive Ressourcen für alle verfügbar
- ... bringt geistes- und gesellschaftliche Grundlagenforschung ins digitale Zeitalter
- ... eröffnet Chancen für junge Forschende, sich mit exzellenter Wissenschaft einen Namen zu machen
- ... 7,5 Mio. Euro Fördervolumen jährlich alleine für Nordrhein-Westfalen aus dem Bund-Länder-Programm
- ... 15 geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Langzeitforschungsvorhaben
- ... mehr als 100 Mitarbeitende an Universitäten in Nordrhein-Westfalen

DIE MITGLIEDER DES JUNGEN KOLLEGS

... sind auf dem Sprung zur Professur (R3) und bei der Aufnahme nicht älter als 36 Jahre.

... rund 80 Prozent der wissenschaftliche Stipendiatinnen und Stipendiaten erhalten während der Laufzeit des Stipendiums oder unmittelbar nach dessen Ende eine Lebenszeitprofessur.

... erhalten über maximal vier Jahre ein jährliches Stipendium in Höhe von 10.000 Euro.

... arbeiten in interdisziplinären Arbeitsgruppen zu gesellschaftliche relevanten Fragen mit einem Fokus auf Nachhaltigkeit.

... strahlen auf die Arbeit der Akademie aus.

DIES SIND VIER VON IHNEN:



Jun.-Prof. Dr. Carolin Victoria Schneider (28)

Sie will mit ihrer Arbeitsgruppe an der RWTH Aachen herauszufinden, wie Lebererkrankungen behandelt werden können und wie gute Prävention aussehen kann - durch Auswertung großer Datensets mit den Methoden der künstlichen Intelligenz.

Nachwuchswissenschaftlerin des Jahres 2023 (academics)
30 under 30 in: Science & Healthcare, EU (Frobes 2024)



Jun.-Prof. Dr. Phillip Trotter (38)

Seit April 2022 Juniorprofessor für Sustainability Management an der Universität Wuppertal. Er forscht schwerpunktmäßig zu der Verbindung von Energie und nachhaltiger Entwicklung in Afrika.

Springorum-Denkmünze RWTH Aachen / Comparative Politics Prize London School of Economics



Jun.-Prof. Dr. Dr. Asmaa El Maaroufi (34)

Seit Sommer 2022 Juniorprofessorin für Islamische Philosophie am Zentrum für Islamische Theologie der Universität Münster.

Sie forscht schwerpunktmäßig zur islamischen Anthropologie, Umwelt- und Tierethik sowie zur Bioethik.



Dr. Yannic Han Biao Federer (38)

Die Romane und Essays des Autors Yannic Han Biao Federer bearbeiten die Themen Migration, Zugehörigkeit, Rassismus und (Post-)Kolonialismus.

Förderpreis des Landes Nordrhein-Westfalen für junge Künstlerinnen und Künstler, 2022

HERZLICHE EINLADUNG

... am 8. Mai bei der Jahresfeier zehn neue Mitglieder der Akademie zu begrüßen und die Stipendiatinnen und Stipendiaten des Jungen Kollegs kennenzulernen,

... am 15. Mai die Ausstellungseröffnung „Leap of faith“ mit 21 Künstlerinnen und Künstlern aus Nordrhein-Westfalen zu feiern,

... am 11. Juni an dem Begleitsymposium zur Ausstellung mit anschließender Performance von Volker Bertelsmann (Hauschka) und Tilly Shiner teilzunehmen,

... am 9. Oktober bei der Leo-Brandt-Veranstaltung u.a. mit dem Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, Moritz Schularick, über Resilienz zu sprechen,

... an den wissenschaftlichen Sitzungen der Klasse teilzunehmen und vor allem

... am 3. Juli gemeinsam mit dem Jungen Kolleg und den Universitäten über drängende Fragen der Nachhaltigkeit und, wie wir vom Wissen ins Handeln kommen, zu diskutieren.



UNIVERSITÄT NRW - LANDESREKTORENKONFERENZ DER UNIVERSITÄTEN

DIE LRK-NRW ALS STIMME IHRER MITGLIEDER

DIE MITGLIEDER

16 Mitgliedsuniversitäten

(darunter 2 Exzellenzuniversitäten)
mit 4.537 Professorinnen und Professoren,
125.039 Beschäftigten aus allen Bereichen,
448.025 Studierenden aus dem In- und Ausland

IHRE ERFOLGE

14 Exzellenzcluster
47 Graduiertenkollegs
78 Sonderforschungsbereiche
43 Transregios
91 ERC-Grants
14 Humboldt-Professuren
4 Leibniz-Preisträger:innen
58.804 Studienabschlüsse (2022)
5.455 abgeschlossene Promotionen (2022)
269 abgeschlossene Habilitationen (2022)

DER VEREIN

1. Juli 1964 Erste Sitzung
Oktober 2010 Vereinsgründung
5 Sitzungen pro Jahr (über 370 Sitzungen bisher)
seit 2022 Geschäftsstelle dauerhaft in Düsseldorf

AKTUELLE PROJEKTE**STRUKTURELLE
EINGRENZUNG VON
MACHT-MISSBRAUCH**

Nach der gemeinsamen Selbstverpflichtungserklärung der Hochschulen in NRW vom 26. September 2023 Einrichtung einer außeruniversitären Anlaufstelle für Opfer und Zeugen von sexualisierter Gewalt und Machtmissbrauch

**AUSWEITUNG DER
LEHRKRÄFTEBILDUNG**

465 neue Studienplätze für Grundschullehramt und Sonderpädagogik

**UNTERSTÜTZUNG
UND BERATUNG ZU
ANTISEMITISMUS**

Stärkung der Unterstützungsangebote für Betroffene von Antisemitismus an nordrhein-westfälischen Hochschulen durch die Stärkung bestehender Beratungsstrukturen, die Schaffung einer landesweiten Anlaufstelle und die Bereitstellung von Schulungsangeboten für Hochschulmitglieder

**NETZWERK FÜR
NACHHALTIGKEIT****Humboldtⁿ**

Initiative mit bundesweitem Vorbildcharakter

Kooperationen mit dem Wuppertal Institut und der Akademie der Wissenschaften und der Künste

Schaffung einer AG Nachhaltigkeit im Jungen Kolleg der Akademie

Humboldtⁿ-Preis für Nachhaltigkeit

HUMBOLDT^N

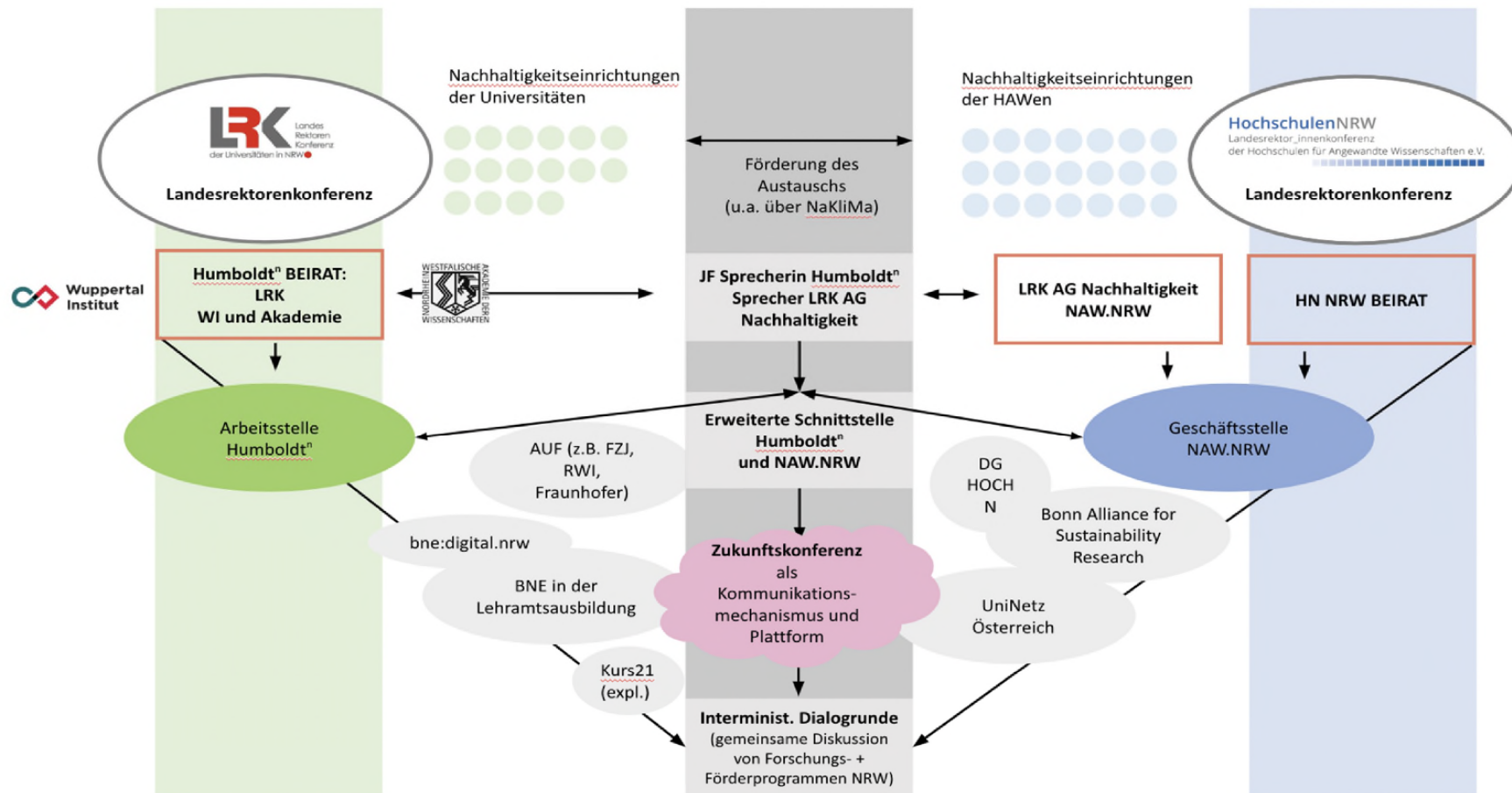
MITGLIEDER UND FINANZEN

- 16 Mitgliedsuniversitäten
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie als strategischer Partner
- Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und der Künste als Partnerin
- MKW unterstützt zunächst die Aufbauphase 2022-23
- Absprachen zur Weiterfinanzierung laufen (gem. mit HAW)
- Beirat:
 - Birgitta Wolff, Wuppertal (Vorsitz)
 - Angelika Epple, Bielefeld
 - Manfred Wessels, Münster
 - Rüdiger Hoch, Bonn
 - Martin Butzlaff, Witten/Herdecke.
 - Ulrich Rüdiger, Aachen
 - Manfred Fishedick, Wuppertal Institut
 - Christiane Dusch, AWK



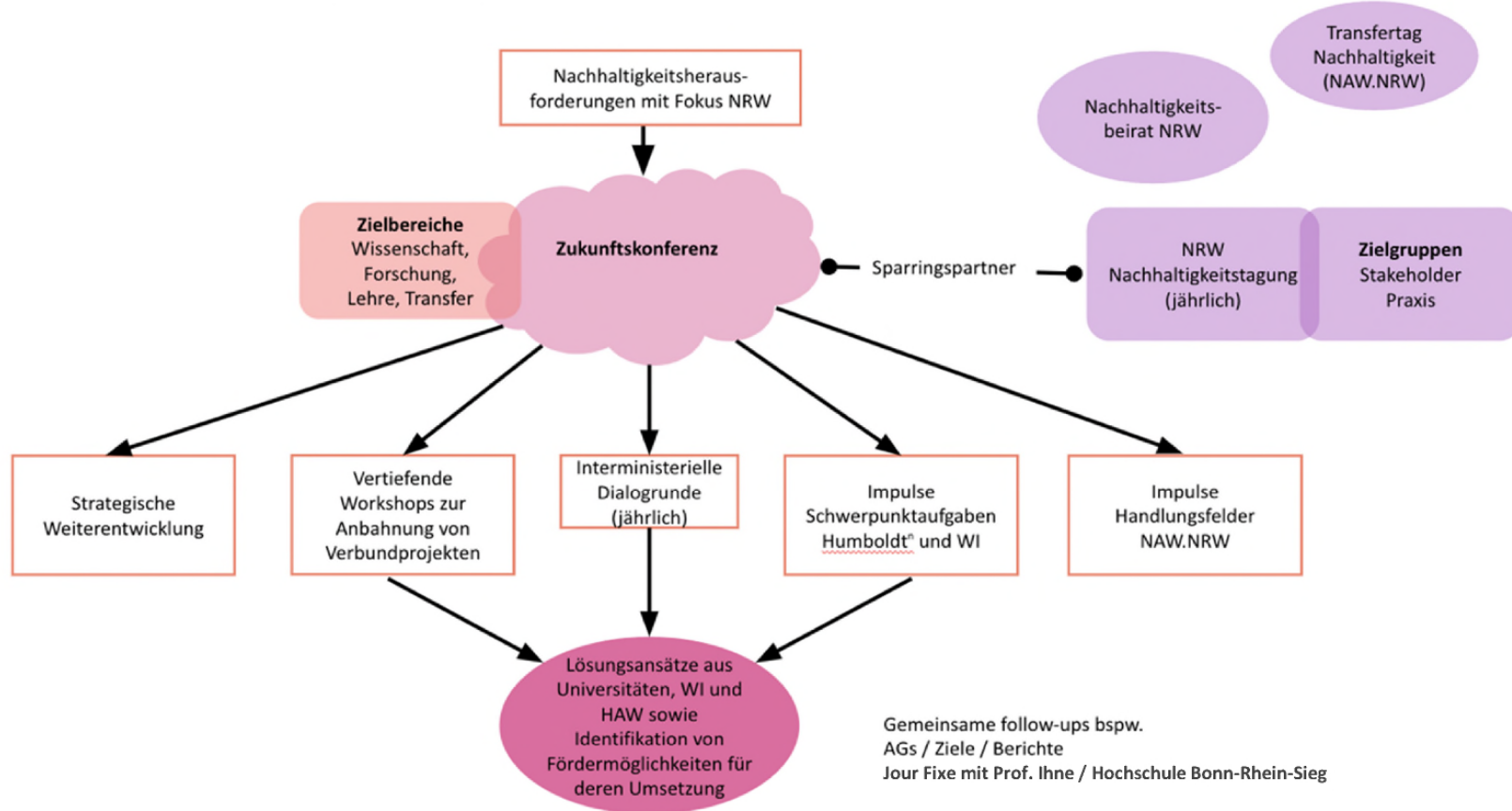
HUMBOLDT^N

STRUKTUR IM FOLGEKONZEPT DER UNIVERSITÄTEN UND HAW MIT HUMBOLDT^N UND NAW.NRW BZW. HN NRW



HUMBOLDT^N

GEPLANT: WISSENSCHAFTLICHE NRW-ZUKUNFTSKONFERENZ ZUR NACHHALTIGKEIT



HUMBOLDT^N

NACHWUCHSFÖRDERUNG

- Grundlagen für neue Perspektiven in der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.
- Orientierung an den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen sowie den nationalen Klimazielen.
- Integration von Nachhaltigkeitsthemen und -forschung in die universitären Curricula.
- Unterstützung der Einrichtung und Fortschreibung von Studiengängen zum Themenkomplex.
- Angebote für alle Qualifikationsstufen:
 - Studierende: Humboldtⁿ Ringvorlesungen, Summer/Winter Schools, Workshops
 - Promovierende und PostDocs: Humboldtⁿ School
 - Lehrende/Forschende: Humboldtⁿ Akquiseworkshop
 - Humboldtⁿ-Preis für Nachhaltigkeit zeichnet unter Schirmherrschaft des Wuppertaler Unternehmers Dr. Jörg Mittelsten Scheid wissenschaftliche und wissenschaftsinspirierte Best-Practice-Beispiele in Forschung, Lehre und Transfer aus.

KOOPERATION LRK / HUMBOLDT^N & AWK

NACHWUCHSFÖRDERUNG

- Humboldtⁿ kooperiert in der Nachwuchsförderung mit AWK.
- Schaffung von bis zu 12 zusätzlichen Stipendienplätzen im Jungen Kolleg.
- Gemeinsames Auswahlverfahren LRK und AWK.
- Seit 2023 wurden 9 herausragende Talente ins Junge Kolleg aufgenommen.
- Gemeinsame Veranstaltungen: Ringvorlesung, Preisverleihung Humboldtⁿ-Preis, R3-Gespräch, Themenworkshop.
- Gelingender Einstieg in systematische Verbindung der Nachwuchsarbeit von AWK und LRK.

KOOPERATION LRK / HUMBOLDT^N & AWK

BEISPIEL R3-GESPRÄCH: STATUS FÜR FORSCHENDE IN DER R3-PHASE IMPULSPAPIER DES JUNGEN KOLLEGS ZUR NACHHALTIGEN STÄRKUNG DES ARBEITSUMFELDS FÜR EXZELLENT FORSCHUNG UND LEHRE

- Status von Nachwuchswissenschaftler*innen in Deutschland in der Phase direkt vor der Berufung auf eine Lebenszeitprofessur derzeit heterogen, häufig nicht an Tätigkeiten angepasst
- Ziel: Einheitliche Mindeststandards für R3-Wissenschaftler
- Vorschlag: „**Unabhängig Forschende vor der Lebenszeitprofessur**“ als Status
 - Budgethoheit und Zugriff auf Ressourcen
 - Betreuungsmöglichkeit, Prüfungs- und Personalverantwortung
 - Einbindung in Gremien, Informationsfluss und Sichtbarkeit
- Vorteile:
 - Höhere Attraktivität des Standortes NRW
 - Unabhängigkeit der Forschenden, um ihre Forschungsziele zu verfolgen
 - Handreichung für die Ausgestaltung eines produktiven Arbeitsumfelds
 - Verbesserte Einbettung in das lokale akademische Umfeld
 - Synergien, nachhaltige Kooperationen und Zugehörigkeitsgefühl
- **Lösungsansatz im Gespräch am 5. März: Spezifizierung von Förderbedingungen der DFG**

KOOPERATION LRK / HUMBOLDT^N & AWK

BEISPIEL THEMENWORKSHOPS: HOCHSCHULEN ALS TREIBER FÜR NACHHALTIGKEITSTRANSFORMATIONEN

AUSTAUSCH MIT DEN SCHWERPUNKTEN

Nachhaltig in die Gesellschaft wirken –
Transformation und Wissenschaftskommunikation

Nachhaltige Lehre –
Ansätze, Formate, Interdisziplinarität, KI

Nachhaltige Strukturen –
z.B. Karrierepfade



VIELEN DANK FÜR IHRE
AUFMERKSAMKEIT



Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft

Forschung „Made in NRW“ für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik



Die Gemeinschaft.

JRF in drei Minuten.



Die Fakten.



16 Mitgliedsinstitute



21 Mio. Euro Landesförderung



116 Mio. Euro Drittmittel



Evaluation alle 7 Jahre



1.600 MitarbeiterInnen



260 DoktorandInnen



270 B.A.- & M.A.-Arbeiten

Erhebungszeitraum: 2022

Die Institute.



AMO – Gesellschaft für Angewandte Mikro- und Optoelektronik, Aachen



BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies, Bonn



DST – Entwicklungszentrum für Schiffstechnik und Transportsysteme, Duisburg



EWI – Energie-wirtschaftliches Institut, Köln



FIR – Forschungsinstitut für Rationalisierung, Aachen



FiW – Forschungsinstitut für Wasserwirtschaft und Klimazukunft, Aachen



IDOS – German Institute of Development and Sustainability, Bonn



IKT – Institut für Unterirdische Infrastruktur, Gelsenkirchen



ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund



IUTA – Institut für Umwelt & Energie, Technik & Analytik, Duisburg



IWW – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung, Mülheim an der Ruhr



RIF – Institut für Forschung und Transfer, Dortmund



STI – Salomon Ludwig Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte, Essen



Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wuppertal



ZBT – Zentrum für Brennstoffzellen Technik, Duisburg



ZFTI – Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung, Essen

Der Mehrwert der JRF für die Institute.

- **Gemeinsame Forschungsprojekte**
initiiert sowohl aus den JRF-Instituten als auch aus der JRF-Strategie heraus
- **Austausch zwischen JRF-Instituten**
(GF, Personal, Bibliotheken, Öffentlichkeitsarbeit, Arbeitsschutz, IT, ...)
- **Bündelung von Dienstleistungen**
(Evaluierung, Ethikkommission, Forschungscoordination, ...)
- **Gemeinsame Interessenvertretung**
(DATI, Finanzen, Besserstellungsverbot, ...)



Der Mehrwert der JRF für NRW.

- Probleme in NRW lösen
- Drittmittel nach NRW holen
- Wirtschaft in NRW stärken
- Fachkräftemangel bekämpfen
- Nachwuchs fördern
- Wissenschaft kommunizieren
- Politik beraten
- Imagegewinn für NRW als innovativer Forschungsstandort





Vernetzte Forschung aus
einzelnen Instituten heraus.

Die Alleinstellungsmerkmale der JRF-Institute.

- Automatisiertes Binnenschiff, DST
- Filtrationsforschungszentrum, IUTA
- Reinraum, AMO
- Demofabrik Aachen, FIR
- Energie- und Industriesystemmodell, WI
- EPIDAT-Datenbank, STI
- Netzwerke im globalen Süden, IDOS
- FutureLab.NRW, IUTA
- Wasserstofftankstelle, ZBT
- Starkregenversuchsstand, IKT
- Forschungsbibliotheken, STI, ZfTI, DIE
- Konfliktforschung lokal und international, BICC
- ...



Das Binnenschiff der Zukunft (DST).

- Fährt bei Niedrigwasser,
- fährt heute mit ausgebildeten SchifferInnen,
- fährt morgen ferngesteuert und emissionsarm,
- fährt übermorgen autonom und emissionsfrei,
- wird unabhängig von Häfen sein.

Kooperationspartner:

JRF: DST, IUTA, ZBT, WI, ILS, RIF

Hochschulen: UDE, RWTH, ...

Nutzer:

Reedereien, Hafenbetreiber, Logistik-Unternehmen



Das Labor der Zukunft (IUTA).

- Ermöglicht personalisierte Medizin,
- ermöglicht effiziente Umweltanalytik,
- ist ressourcenschonend,
- ist hoch automatisiert.
- ist durchgehend digitalisiert.

Kooperationspartner:

JRF: IUTA, AMO, IWW, FIR, RIF, WI

Hochschulen: UDE, HSN

Nutzer:

Pharma-Unternehmen, Laborausrüster,
Laborgerätehersteller, Software-Unternehmen, ...



Die Gesellschaft der Zukunft (BICC).

- Ist demokratisch,
- ist tolerant,
- ist resilient gegen Manipulation von außen,
- löst Konflikte gewaltfrei,
- bietet Chancengerechtigkeit,
- geht lösungsorientiert mit Zuwanderung um.

Kooperationspartner:

JRF: BICC, ZfTI, ILS, IDOS, STI, WI

Hochschulen: UDE, U Bonn, TU Dortmund, ...

Nutzer:

Kommunen, Schulen, Politik, Sicherheitsbehörden, ...



Gemeinsame Forschung aus JRF-
Leitthemen heraus.

Die Leitthemen.



- ... adressieren zentrale gesellschaftliche Herausforderungen in NRW.
- ... bieten den Rahmen für gemeinsame Forschungsaktivitäten der JRF-Institute.
- ... dienen dem Austausch mit Gesellschaft, Wirtschaft, Politik (Öffentlichkeitsarbeit).



Städte & Infrastruktur

Wie können wir angesichts des demografischen Wandels und der sich wandelnden Anforderungen lebenswerte Städte und adäquate Infrastrukturen gestalten?

Leitthemensprecher



Prof. Dr. Bettar Ouid el Moctar,
DST



Prof. Dr. Bert Bosseler,
IKT



Industrie & Umwelt

Wie können wir Produktion, Logistik und Mobilität nachhaltig gestalten?

Leitthemensprecher



Prof. Dr. Manfred Fischedick,
Wuppertal Institut



Prof. Dr. Max Christian Lemme,
AMO



Gesellschaft & Digitalisierung

Welche Chancen und Herausforderungen bringt die Digitalisierung aller Bereiche unseres Lebens mit sich und wie können wir diese zum Wohl von Individuum und Gesellschaft gestalten?

Leitthemensprecher



Prof. Dr. Wolfgang Boos,
FIR



Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge,
EWI



Globalisierung & Integration

Wie können wir die Auswirkungen der Globalisierung auf lokaler und regionaler Ebene an verschiedenen Orten der Welt menschenwürdig gestalten?

LeitthemensprecherInnen



Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,
IDOS



Apl. Prof. Dr. Dirk Halm,
ZTI

Die BMBF-Zukunftsstrategie.



JRF forscht zu den zentralen Zielen der BMBF-Zukunftsstrategie

1. Ressourceneffiziente & auf kreislauffähiges Wirtschaften ausgelegte wettbewerbsfähige Industrie & nachhaltige Mobilität



2. Klimaschutz, Klimaanpassung, Ernährungssicherheit & Bewahrung der Biodiversität



3. Gesundheit für alle verbessern



4. Digitale & technologische Souveränität Deutschlands & Europas sichern & Potenziale der Digitalisierung nutzen



5. Raumfahrt stärken, Weltraum und Meere erforschen, schützen und nachhaltig nutzen



6. Gesellschaftliche Resilienz, Vielfalt und Zusammenhalt stärken



Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie.



JRF forscht zu allen Transformationsbereichen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

1. Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit



2. Energiewende und Klimaschutz voranbringen



3. Kreislaufwirtschaft erreichen



4. Nachhaltiges Bauen und Verkehrswende stärken



5. Wandel zu nachhaltigen Agrar- und Ernährungssystemen



6. Einsatz für eine schadstofffreie Umwelt



Die Stadt der Zukunft (Städte & Infrastruktur).

- Ist lebenswert,
- trotz dem Klimawandel,
- ist ressourcenschonend und nachhaltig,
- passt sich dem demographischen Wandel an,
- ist altersgerecht,
- ist effizient digitalisiert.

Kooperationspartner:

JRF: ILS, WI, IKT, DST, IUTA, ZBT, FIR, FiW, IWW, RIF

Hochschulen: TUDO, RUB, UDE, RWTH, ...

Nutzer:

BürgerInnen, Kommunen, Kommunale Betriebe,
Infrastrukturunternehmen, Soziale Dienste, ...



Beispielprojekt zu „Städte & Infrastruktur“.

MoSt RegioKöln – Mobilstationen als intermodale Schnittstellen im Umweltverbund in der Stadtregion Köln

- Fragestellung: Wie können Mobilstationen als Schnittstellen zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln dienen?

Projektpartner aus Forschung und Praxis:

- betrachten Bedarfe von Nutzerinnen und Nutzern
- schätzen Potenzial für Verlagerung vom Auto auf Umweltverbund ab
- analysieren smarte Ausstattungselemente
- beraten Akteure in der Region
- testen die zielgruppenspezifische Kommunikation von Mobilstationen an ausgewählten Standorten.

→ www.most-regio-koeln.de



Gefördert durch: EFRE.NRW



ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund



Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wuppertal

Die Zukunftspläne der JRF.

Die Zukunft der JRF in 10 Sekunden.

Die Zukunftspläne.



Start eines Prozesses für eine **JRF-Strategie** mit

- Landesregierung
- JRF-Vorstand
- JRF-Institute
- JRF-Kuratorium
- ...



Der Kontakt.



- **Prof. Dr. Dieter Bathen**
Vorstandsvorsitzender
Wissenschaftlicher Vorstand
- **Ramona Fels**
Stellv. Vorstandsvorsitzende
Leiterin der Geschäftsstelle
- **Prof. Dr. Manfred Fishedick**
Wissenschaftlicher Vorstand

Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft e. V.
Im „Haus der Wissenschaft“
Palmenstraße 16, 40217 Düsseldorf
Website: www.jrf.nrw



Das BackUp.

Was Sie sonst noch über die JRF wissen sollten.

Der Transfer.

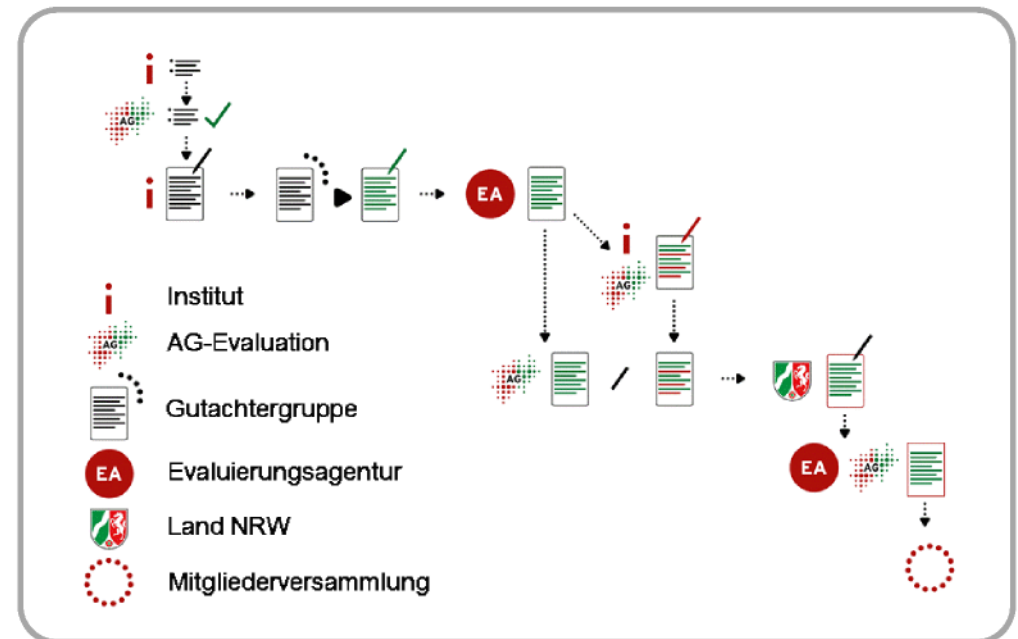
- Transferorientierte Forschung steht im Mittelpunkt der Arbeiten
- Brückenschlag zwischen universitärer Forschung und Praxis
- Enge Anbindung der Institute an ihre Zielgruppen
- Enge Verknüpfung der Institute mit Universitäten in NRW





Das Evaluierungsverfahren.

- Externe, unabhängige Evaluierungsagentur (AWK, evalag, ASIIN, aktuell AQ Austria)
- 7-jähriger Turnus
- Evaluation aller Bereiche der Institute (Wissenschaft, Transfer, Organisation, ...)



Die Öffentlichkeitsarbeit.

- Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit
- Austausch mit Gesellschaft, Wirtschaft, Politik
- Große öffentliche Veranstaltungen in Düsseldorf
- Veranstaltungsreihe „JRF vor Ort“
- Internetseite „www.jrf.nrw“
- Erklär-Film
- E-Mail-Newsletter
- Social Media (LinkedIn, Twitter, YouTube)
- ...



JRF
Johannes-Rau-
Forschungsgemeinschaft

Website



LinkedIn





Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-20 73

bastian.hartmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses
Herrn Prof. Dr. Daniel Zerbin MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

22. Februar 2024

Thema: „PISA, IGLU, IQB – Was bedeuten die aktuellen Bildungsstudien für die Hochschullandschaft in NRW?“ | Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 06.03.2024

Sehr geehrter Vorsitzender,

NRW befindet sich in einer Bildungskatastrophe. Das zeigt sich an vielen Stellen. Besonders besorgniserregend sind die Ergebnisse der IGLU-Studie, des IQB-Bildungstrends und der PISA-Studie aus dem vergangenen Jahr.

Zuletzt erschien im Dezember 2023 die aktuelle PISA-Studie. Die Internationale Schulleistungsstudie der OECD evaluiert die Kompetenzen 15-jähriger Schüler*innen (das entspricht in etwa der 9. Jahrgangsstufe). Bei den mathematischen Kompetenzen landet Deutschland lediglich in Mittelfeld – weiter hinter Spitzenreitern wie Singapur, Japan und Korea. Ähnlich sehen die Ergebnisse bei den Lesekompetenzen aus. Auffällig ist, dass es in Deutschland deutlich mehr leistungsschwache Schüler*innen gibt als besonders leistungsstarke Schüler*innen.¹

Alle Studien haben gezeigt, dass immer mehr Schüler*innen die Mindestanforderungen beispielsweise im Lesen, Schreiben und Rechnen nicht mehr (ausreichend) erfüllen. Die Defizite ziehen sich dabei durch die gesamte Bildungslaufbahn und beginnen bereits in der Grundschule. Das hat womöglich auch Folgen für die Hochschulen in NRW. Beispielsweise könnten weniger Schüler*innen eine Hochschulzugangsberechtigung erhalten.

¹ https://www.oecd.org/media/oecdorg/satellitesites/berlincentre/pressthe-men/GERMANY_Country-Note-PISA-2022_DEU.pdf

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum Thema „PISA, IGLU, IQB – Was bedeuten die aktuellen Bildungsstudien für die Hochschullandschaft in NRW?“ zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 06.03.2024. Der Bericht soll dabei u.a. darauf eingehen, wie das Ministerium für Kultur und Wissenschaft die Ergebnisse der letzten Bildungsstudien vor dem Hintergrund möglicher Auswirkungen auf die Hochschullandschaft in NRW bewertet.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher



Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-20 73

bastian.hartmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses
Herrn Prof. Dr. Daniel Zerbin MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

22. Februar 2024

Thema: „Nutzen wir die Potentiale ausländischer Fachkräfte bei der Überwindung des Lehrkräftemangels in NRW ausreichend?“ | Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 06.03.2024

Sehr geehrter Vorsitzender,

der Lehrkräftemangel zählt ohne Zweifel zu den größten Herausforderungen im nordrhein-westfälischen Bildungssystem. Laut den aktuellen Zahlen zur Unterrichtsversorgung des Ministeriums für Schule und Bildung fehlen etwa 6.700 Lehrkräfte.¹ Um die Lücke zu schließen, müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Hierzu zählt selbstverständlich auch der Einsatz von ausländischen Fachkräften. In NRW gibt es an mehreren Universitäten das Programm „Lehrkräfte PLUS“, um ausländische Fachkräfte für den hiesigen Schuldienst vorzubereiten und zu qualifizieren. Dem Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Programms durch die Universität Potsdam nach möchten 92 Prozent der Teilnehmenden tatsächlich als Lehrkraft tätig sein.² Gleichzeitig stellt ein aktuelles Impulspapier der Bertelsmann Stiftung fest, dass es in vier von fünf Fällen nicht gelingt, Menschen mit einer im Ausland abgeschlossenen Ausbildung in Deutschland als Lehrkraft beschäftigt zu werden.³

Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum Thema „Nutzen wir die

¹ <https://www.land.nrw/pressemitteilung/aktuelle-zahlen-zur-unterrichtsversorgung>

² https://www.uni-potsdam.de/fileadmin/projects/erziehungswissenschaftliche-bildungsforschung/Aktuelles/Abschlussbericht_Lehrkr%C3%A4fte_Plus_-_300423.pdf

³ https://table.media/wp-content/uploads/2023/09/Impulspapier_Chancenorientierte_Schule-WEBversion-2.pdf

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Potentiale ausländischer Fachkräfte bei der Überwindung des Lehrkräftemangels in NRW ausreichend?“ zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 06.03.2024. Der Bericht soll dabei u.a. auf folgende Fragen eingehen:

1. Wie viele Plätze standen seit Einführung des Programms „Lehrkräfte PLUS“ jährlich bzw. je Semester zur Verfügung?
2. Wie viele Personen haben sich seit Einführung des Programms „Lehrkräfte PLUS“ jährlich bzw. je Semester auf einen Platz beworben?
3. Wenn es mehr Bewerbungen als freie Plätze gab:
 - 3.1 Nach welchen Kriterien wurden die Teilnehmenden ausgewählt?
 - 3.2 Wann wurden die Kapazitäten in welchem Umfang ausgeweitet?
 - 3.3 Sind weitere Ausweitungen der Kapazitäten geplant? Wenn ja: In welchem Umfang und wann?
4. Welche Fächer haben die Personen, die seit Einführung an dem Programm „Lehrkräfte PLUS“ teilgenommen haben, unterrichtet bzw. unterrichten wollen?
5. Wie viele Personen, die an dem Programm „Lehrkräfte PLUS“ teilgenommen haben, wurden anschließend tatsächlich im Schuldienst als Lehrkräfte eingesetzt?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher



Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-20 73

bastian.hartmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses
Herrn Prof. Dr. Daniel Zerbin MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

22. Februar 2024

Thema: „Wie steht es um die Vertretungen für studentische Hilfskräfte an den nordrhein-westfälischen Hochschulen?“ | Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 06.03.2024

Sehr geehrter Vorsitzender,

wissenschaftliche und künstlerische Hilfskräfte stellen einen wichtigen Baustein für die Arbeit an Hochschulen dar. § 46 Hochschulgesetz NRW sieht vor, dass studentische Hilfskräfte „Dienstleistungen in Forschung und Lehre sowie hiermit zusammenhängende Verwaltungstätigkeiten“ ausüben. Außerdem übernehmen studentische Hilfskräfte oftmals Tutor*innen-Funktionen und unterstützen damit Studierende und studentische Arbeitsgruppen beim Absolvieren ihres Studiums. Studentische Hilfskräfte sichern oftmals den qualitativ hochwertigen Hochschulbetrieb.

Mit der HG-Novelle 2019 wurde der neue § 46a eingeführt. Demnach sieht das Hochschulgesetz die Vertretungen der Belange studentischer Hilfskräfte nur noch als Kann-Bestimmung vor: „Die Grundordnung kann vorsehen, dass die Studierenden oder der Senat auf der Grundlage eines Vorschlags der Studierendenschaft eine Stelle wählt, die [...] als Beauftragte für die studentischen Hilfskräfte die Belange von wissenschaftlichen oder künstlerischen Hilfskräften [...] wahrnimmt, die über kein für ihre Hilfskrafttätigkeit fachlich einschlägiges abgeschlossenes Hochschulstudium verfügen.“ Näheres zur Anzahl der Mitglieder der Stelle, ihrer Bestellung und Amtszeit, zur Wählbarkeit und zur Wahl selbst regelt – wenn denn überhaupt – die Grundordnung der jeweiligen Hochschule.

Damit verfügen studentische Hilfskräfte anders als andere Beschäftigte an den Hochschulen über keinen Anspruch auf eine eigene Arbeitnehmer*innen-

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Vertretung. Denn: Wenn die Grundordnung keine SHK-Vertretungen vorsieht, gibt es keine. Das heißt in der Praxis: Ob eine Hochschule eine Vertretung für die studentischen Hilfskräfte zulässt oder nicht, entscheidet der grundordnungsändernde Senat der jeweiligen Hochschulen eigenständig. Einen gesetzlichen Anspruch auf eine Vertretung gibt es nicht.

Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum Thema „Wie steht es um die Vertretungen für studentische Hilfskräfte an den nordrhein-westfälischen Hochschulen?“ zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 06.03.2024. Der Bericht soll dabei u.a. auf folgende Fragen eingehen:

1. An welchen Hochschulen in Trägerschaft des Landes NRW gibt es eine Vertretung für studentische Hilfskräfte gem. § 46a Hochschulgesetz?
2. Welche Strukturen einer Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte weisen die einzelnen Hochschulen in NRW auf? (Strukturen wie z. B. Anzahl an gewählten Vertreter*innen, Entlohnung, Freistellung, vorhandene Räumlichkeiten, zur Verfügung gestelltes Budget etc.)
3. Wie sehen die Voraussetzungen zur Wählbarkeit gem. § 46a Abs. 1 S. 2 HG an den einzelnen Hochschulen aus, in deren Grundordnung eine Vertretung für studentische Hilfskräfte gem. § 46a HG vorgesehen ist?
4. Wie werden die Wahlen gem. § 46a Abs. 1 S. 2 HG an den einzelnen Hochschulen durchgeführt, in deren Grundordnung eine Vertretung für studentische Hilfskräfte gem. § 46a HG vorgesehen ist?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass Vertretungen für studentische Hilfskräfte gem. § 46a Abs. 1 HG durch Beschluss des grundordnungsändernden Senats eingerichtet und aufgehoben werden können?
6. Wie bewertet die Landesregierung die Unterschiede zwischen den Kompetenzen der Vertretungen für studentische Hilfskräfte gem. § 46a HG und den Kompetenzen der Personalräte an Hochschulen gemäß dem LPVG?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher



Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-20 73

bastian.hartmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses
Herrn Prof. Dr. Daniel Zerbin MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

22. März 2024

Thema: „Die Situation im BAföG-Amt ist katastrophal‘ – Wie wird die Landesregierung die Studierendenwerken bei den Herausforderungen unterstützen?‘ | Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 17.04.2024

Sehr geehrter Vorsitzender,

am 26. Februar 2024 erreichte Wissenschaftsministerin Brandes, das Dezernat 40 der Bezirksregierung Köln, die wissenschaftspolitischen Sprecher*innen der Fraktionen im Landtag NRW und die Mitglieder des Landtags aus der Stadt und der Städteregion Aachen eine Stellungnahme zur Situation des BAföG-Amtes in Aachen von der Studierendenschaft der RWTH Aachen.

Die E-Mail beginnt mit dem Satz: „[D]ie Situation im Aachener BAföG-Amt ist katastrophal“ – was im Folgenden ausführlich erläutert wird. Den Ausführungen nach beträgt die Bearbeitungsdauer eines Erst- oder Wiederholungsantrages auf BAföG-Unterstützung derzeit mehr als fünf Monate. Außerdem wird auf die mangelnde Digitalisierung und eine fehlende Finanzierung der Studierendenwerke verwiesen: „Hierbei stellt sich die Frage, wie ein Amt mit zu wenig Geldmitteln diese gravierenden Mängel beheben soll“.

Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion ,die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum Thema „Die Situation im BAföG-Amt ist katastrophal‘ – Wie wird die Landesregierung die Studierendenwerken bei den Herausforderungen unterstützen?“ zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 06.03.2024. Der Bericht soll dabei u.a. auf folgende Fragen eingehen:

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



1. Wie bewertet die Landesregierung die in dem Schreiben des Allgemeinen Studierendenausschusses der RWTH Aachen benannten Sachverhalte und teilt die Landesregierung die in dem Schreiben benannten Kritikpunkte und Herausforderungen?
2. Wie hat die Landesregierung auf die E-Mail des Allgemeinen Studierendenausschusses der RWTH Aachen geantwortet?
3. Liegen der Landesregierung Informationen darüber vor, wie sich die Situation an den weiteren BAföG-Ämtern in NRW darstellt?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher